

kriens

Protokoll

Kriens, 27. Mai 2021

Sitzungsdatum

Donnerstag, 27. Mai 2021

Zeit Ort

13:30 Uhr bis 18:30 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Kimena Gisler
Sachbearbeiterin

T 041 329 63 03
kimena.gisler@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2020/2021 Protokoll Nr. 8

Anwesend

Präsident

Tomas Kobi

Einwohnerrat

29 Mitglieder
Nicole Nyfeler (ab 14:00 Uhr)

Stadtrat

5 Mitglieder

Stadtschreiber

Guido Solari

Stadtschreiber-Substitutin

Sarah Deschwanden

Protokoll

Kimena Gisler

Entschuldigt

Raphael Spörri

Traktanden

- | | | | |
|----|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 405 |
| 2. | <u>Bericht und Antrag:</u> Rechnung 2020 | Nr. 027/21 | Seite 406 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag:</u> Erlass der Reglemente über das Dienstverhältnis und die Pensionsordnung des Stadtrates, 2. Lesung | Nr. 022/21 | Seite 412 |
| | <i>Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Bericht und Antrag integriert):</i> | | |
| | - <u>Motion Camenisch:</u> Anpassung des Besoldungsreglementes des Gemeinderates vom 28. Januar 1999 | Nr. 108/18 | |
| 4. | <u>Bericht und Antrag:</u> Aufhebung Richtplan Entwicklungsschwerpunkt Eichhof – Schlund – Bahnhof Horw (ESP-RP) | Nr. 037/21 | Seite 416 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag:</u> Abschlussbericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zu den Kostenüberschreitungen Zentrum Pilatus, Schappe Süd und Sportzentrum Kleinfeld | Nr. 039/21 | Seite 420 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag:</u> Gesamtrevision des Siedlungsentwässerungsreglements der Stadt Kriens (Antrag auf Verabschiedung in einer Lesung) | Nr. 041/21 | Seite 434 |
| 7. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 438 |
| 8. | <u>Verabschiedung</u> Ursula Wendelspiess | | Seite 440 |

Neueingangsliste

- Nr. 044/21 Interpellation Camenisch: Betreffend einer Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Ausgaben «wirtschaftliche Sozialhilfe für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene (WSH)» im AFP 2021 – 2025 der Stadt Kriens und den kantonalen Voraussagen in der Beantwortung von A 367 (Rüttimann Daniel) im KR.
Eingang: 4. Mai 2021
- Nr. 043/21 Bericht und Antrag: Gemeindestrategie und Legislaturprogramm 2020 – 2024 mit Massnahmenplan
Eingang: 12. Mai 2021
- Nr. 045/21 Bericht und Antrag: Planungskredit Testplanung Kantonsstrasse K4 im Zentrum Kriens
Eingang: 12. Mai 2021

Tomas Kobi begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler und für Zentralplus schreibt Jacqueline Lipp. Vom SRF ist Eveline Fischer anwesend. Sie wird Tonaufnahmen machen, welches der Präsident bewilligt hat.

Der Sprechende kommt nun zu den Geburtstagen. Martin Zellweger hatte am 3. Mai 2021 und Michèle Albrecht am 8. Mai 2021 Geburtstag.

Entschuldigt hat sich Raphael Spörri. Nicole Nyfeler wird später zur Sitzung hinzustossen und Erwin Schwarz wird um ca. 18:30 die Sitzung verlassen.

Die Pausen sind von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

Zudem wurde er informiert, dass Ursula Bieri-Wendelspiess am 20. Mai 2021 geheiratet hat.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste ist nach Tomas Kobi kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Mitteilungen seitens des Stadtrates

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf wurde der Rat bereits per E-Mail darüber informiert, dass der Regierungsrat eine Mitteilung gemacht hat. Kriens wird ein Budget mit einem Steuerfuss von 1.95 haben. Gemäss Christine Kaufmann-Wolf ist der Stadtrat enttäuscht und auch ein bisschen konsterniert. Der Entscheid ist für den Stadtrat weder verständlich noch nachvollziehbar. Das Budget Version 2 war ein Kompromiss mit sehr grossen Einsparungen. Der Stadtrat dachte, dass dies als Kompromiss eine gute Sache war. Sie stellt fest, dass alle Parteien im Stadtrat vertreten sind. Aus diesem Grund waren sie überzeugt, dass dies der richtige Weg ist. Der Zehntel, welcher der Stadtrat gefordert hat, war in Anlehnung an den Expertenbericht. Die Begründung des Regierungsrates ist noch nicht eingetroffen. Mit dem Beschluss des Regierungsrates wird der Schuldenabbau schwierig, wenn überhaupt unmöglich. Auch der Zeitpunkt der Einführung der verlangten Schuldenbremse, muss angeschaut werden. Wo dieses Loch eingespart wird, weiss man im Moment noch nicht. Tatsache ist, dass die finanziellen Herausforderungen noch grösser werden und der Stadtrat sowie der Einwohnerrat gefordert sein werden.

Fraktionserklärungen

Raoul Niederberger möchte klipp und klar sagen, dass die Grüne/glp-Fraktion der Meinung ist, dass das vom Regierungsrat verabschiedete Budget für die Stadt Kriens ein Affront ist. Das Gemeinwohl und eine finanzielle gesunde Entwicklung der Stadt Kriens bleiben infolge eines ideologisch-gefärbten Entscheid auf der Strecke. Dass der Regierungsrat ein Budget, welches von einer Konkordanz Regierung verabschiedet, in der alle Parteien des Krienser Einwohnerrates vertreten sind, versenkt und ein Budget verabschiedet, dass die Anliegen der linken Seite und auch der Mitte nun völlig ausser Acht lässt, ist unverständlich. Der Regierungsrat lässt ein gewisses Demokratieverständnis vermissen. Der Einwohnerrat hat das Budget Version 2 abgelehnt, weil die 12 Mitglieder des Rates eine Steuererhö-

hung von einem halben Steuerzehntel wollten und 13 Mitgliedern die Sparmassnahmen zu weit gingen. Eine Mehrheit des Rates stand hinter der Steuererhöhung von einem Steuerzehntel. Wie man nach dieser Debatte und dem Vorschlag des Stadtrates nun eine Steuererhöhung von lediglich einem halben Zehntel verabschieden kann, erscheint ihnen schleierhaft. Auch aus der Ablehnung des ersten Budgets durch das Volk im Januar, kann nicht geschlossen werden, dass eine Mehrheit der Krienser Bevölkerung eine Steuererhöhung um einen Zehntel abgelehnt hätte. Ohne eine entsprechende Nachbefragung der Stimmberechtigten steht einzig fest, dass Budget und Steuererhöhung als Gesamtpaket abgelehnt wurden. Nicht stichhaltig erscheint auch die Argumentation des Regierungsrates, dass mit der nun festgesetzten Steuererhöhung von einem halben Zehntel, eine Verbesserung der Krienser Finanzlage erreicht werden kann. Auf der einen Seite stellt der Regierungsrat fest, dass die Krienser Finanzkennzahlen, um es mal salopp zu sagen, zum Davonrennen sind und Kriens einen enormen Schuldenberg hat, den es möglichst schnell abzubauen gilt. Auf der anderen Seite soll Kriens jetzt aber auf geplante Steuereinnahmen verzichten. Es gäbe noch Reserven anzuzapfen. Dem Regierungsrat ist die Krienser Finanzbibel, wie sie vom Stadtrat gerne bezeichnet wird, die Finanzstrategie «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» vorgelegen. Er fragt sich, ob der Regierungsrat einen Blick in die Strategie geworfen hat. Es geht daraus klar hervor, dass für eine nachhaltige Sanierung der Krienser Stadtfinanzen eine Steuererhöhung von einem Zehntel nötig ist. Mit dem vom Regierungsrat verabschiedeten Budget, nimmt dieser dem neuen Stadtrat den frischen Wind gleich wieder aus den Segeln. Die Stadt Kriens muss auf geschätzte Steuereinnahmen von 1.8 Millionen Franken verzichten und soll rund 1.1 Millionen Franken selber kompensieren. Damit schrumpft der Ertragsüberschuss auf gerade mal Fr. 200'000.00. Eine Gesundung der Krienser Stadtfinanzen rückt in weite Ferne und vom Regierungsrat geforderten Schuldenabbau, braucht man gar nicht zu sprechen. Bei einem Schuldenberg von rund 200 Millionen Franken wird die Stadt Kriens bei Ertragsüberschüssen von Fr. 200'000.00 in gerade mal 1'000 Jahren schuldenfrei. Es grenzt deshalb schon fast an Zynismus, wenn am Ende der Medienmitteilung des Regierungsrates zu lesen ist: «Luzern steht für Nachhaltigkeit». Nachhaltige Krienser Stadtfinanzen sind mit diesem Entscheid mehr als ein Generationenprojekt geworden. Vielleicht stossen dereinst Historiker auf die zitierte Medienmitteilung des Regierungsrates, die dann in weiter Zukunft das Geheimnis lüftet, wie es zum 1'000-jährigen Schuldenabbau der Stadt Kriens kam.

Gemäss Räto Camenisch dankt die SVP-Fraktion dem Regierungsrat für die umsichtige Entscheidungsfindung. Er stellt fest, dass dieses Resultat genau dem entspricht, was die SVP-Fraktion dem Rat vorgeschlagen hat. Die Regierung trägt mit diesem Entscheid Rechnung und er ist der Meinung, dass dies gute demokratische Tradition ist. Auf der anderen Seite halten sie den Spardruck lebendig. Die Rechnung 2020 hat gezeigt, dass man mit den Steuereinnahmen zu vorsichtig budgetiert hat. Er erinnert daran, dass der Regierungsrat in Emmen 1.0 verordnet hat und jetzt hat Emmen einen Überschuss von 9 Millionen Franken. So sieht er, dass der Entscheid bezüglich Kriens sehr vorsichtig ist und man versucht die demokratischen Gepflogenheiten einzubeziehen. Er ist der Meinung, dass man mit diesem Steuerfuss weitergehen muss.

2. Bericht und Antrag: Rechnung 2020

Nr. 027/21

Tomas Kobi begrüsst als Sachverständigen Franz Bucher.

Laut Martin Zellweger hat die KFG die Rechnung 2020 anlässlich der letzten Sitzung behandelt. Zur Klärung von Fragen und vertiefenden Information war der Gesamtstadtrat sowie der Stadtschreiber, Guido Solari, und der Abteilungsleiter Finanzdienste, Franz Bucher, anwesend. Aufgrund der besonderen Budgetsituation hatte die KFG bereits in ihrer Aprilsitzung die Rechnung zur Verfügung. Sie bedanken sich beim Stadtrat sowie bei der gesamten Verwaltung für die umfassende Berichterstattung. Man

spricht hier zwar von der Betrachtung der Vergangenheit. Es ist aber insbesondere für die KFG wichtig, Vergangenes zu verstehen um für die Zukunft zu lernen. Bereits vor Jahresfrist hat der Stadtrat erkannt, dass die zu erwartenden Steuereinnahmen sich nach wie vor nicht in der Grössenordnung entwickelten, wie in der Budgetphase erwartet wurde. Aufgrund eines sich abzeichnenden Schreckensszenarios von einem Minus in der Grössenordnung von 5 bis 6 Millionen hat der frühere Stadtrat richtig reagiert und Sofortmassnahmen auf der Ausgabenseite ergriffen. Die KFG stimmt dies positiv, insofern, dass die Agilität der Organisation nicht verloren gegangen ist und auf eine solche Situation noch reagiert werden kann. Der Stadtrat war dann letztendlich doch auch auf die grundsätzlich fragile finanzielle Lage sensibilisiert, hatte er sich doch eben noch intensiv mit der Finanzstrategie 2024 befasst. Das Resultat 2020 ist mit einem Aufwandüberschuss, oder etwas direkter formuliert, mit einem Verlust von 1.9 Millionen Franken alles andere als erbaulich. Immerhin tröstet die Tatsache, dass 2.4 Millionen Franken ausserordentliche Rückstellungen für die Pension der abtretenden Stadträte enthalten sind und operativ ansonsten ein Gewinn von knapp Fr. 500'000.00 erwirtschaftet werden konnte. Die Sofortmassnahmen zeigten also ihre Wirkung. Die Steuererträge erreichten letztendlich fast Budget-Niveau, allerdings in anderer Zusammensetzung. Die Steuererträge natürlicher Personen waren noch wesentlich tiefer als budgetiert. Hier bestätigt sich die mit der Finanzstrategie erstellte Analyse der Steuerertragsstruktur. Auch mit dem Wachstum der Bevölkerung ist aufgrund der Einkommensstruktur nicht mit grossen Sprüngen zu rechnen. Die Zunahme bei den Unternehmenssteuern ist zwar auf Versteuerung früherer Jahre zurückzuführen, allerdings zeigt es sich doch, dass Kriens insbesondere bei den juristischen Personen das Steuerpotential wirkungsvoller ausbauen kann. Die Planbarkeit der Zahlen bleibt hier die Herausforderung. Das Gesamtbild der Rechnung 2020 bleibt geprägt durch die massive Verschuldung. Anschaulich verdeutlicht wird dies durch die Nettoschuld pro Krienser Einwohner von über Fr. 4'500.00. Dies entspricht 9 mal dem kantonalen Durchschnitt, das 2-fache sollte eigentlich nicht überschritten werden. Dies zeigt auch wo zukünftigen Herausforderungen liegen. Um der nachfolgenden Generationen nicht einen Schuldenberg zu hinterlassen und irgendwann wieder Handlungsfähigkeit zu gewinnen, muss man das verbleibende, enge Investitionspotential strikt für der Werterhalt priorisieren. Unterhaltskosten und Pflichtaufgaben können nur in einem disziplinierten Ausgabeverhalten geführt werden. Das Wachstumspotential durch die noch immer rege Bautätigkeit lässt zwar die Einkommenseite moderat wachsen, bringt aber auch weiter wachstumsbedingte Ausgaben. Potential liegt nach wie vor im Bereich der juristischen Personen. Die Diskussionen werden wiederum bei der Budgetierung 2022 geführt werden. In der Diskussionsrunde der KFG konnten verschiedene Fragestellungen geklärt werden oder die Antworten wurden im Nachgang nachgeliefert. Er verzichtet hier auf weitere Ausführung. Sämtliche Fraktionen sind eingetreten und die KFG empfiehlt einstimmig die Rechnung so wie sie vom Stadtrat im B+A präsentiert wird, zu genehmigen

Gemäss Armin Lisibach hat sich die KBVU nicht mit dem gesamten B+A zur Rechnung 2020 befasst, diskutiert oder darüber abgestimmt. Die Kommission nimmt die konsequente Einhaltung der potenziellen Mittel dankend entgegen und möchte den Verantwortlichen die Wertschätzung für das Engagement für Kriens erteilen. Die KBVU hat sich inhaltlich mit den Positionen 30 Umwelt- und Sicherheitsdienste, 35 Planungs- und Baudienste und 40 Verkehrs- und Infrastrukturdienste befasst, nimmt diese dankend entgegen und empfiehlt in Sinne dessen die Annahme.

Im Namen der KBSG möchte Raoul Niederberger sich zuerst bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit bedanken. Die ganze Verwaltung hat sich durch ein sehr hohes Kostenbewusstsein ausgezeichnet. In Anbetracht der sehr widrigen Umstände, wird ein respektabler Abschluss präsentiert. Alle Fraktionen traten dann auf den B+A ein und anerkannten die Leistung. In der anschliessenden Detailberatung hatte sich die Kommission auf ihre Globalbudgets konzentriert. Die verschiedenen Fragen, wurden von den anwesenden Abteilungsleitern und Abteilungsleiterinnen kompetent und schlüssig beantwortet. Die eine oder andere Antwort, die nicht sofort geliefert werden konnte, wurde zwischenzeitlich auf dem elektronischen Weg nachgeliefert. Da sich die KBSG nicht mit der Rechnung als Ganzes beschäftigt hat, sondern lediglich einen Teil genauer begutachtete, hat man sich in der Kommission darauf geeinigt auf eine Schlussabstimmung zu verzichten.

Cyrill Zosso dankt der Verwaltung für den Umfassenden Bericht und vor allem für die frühzeitige Zustellung. Die Grüne/glp-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und empfiehlt diesen zu genehmigen. Der Stadtrat und die Verwaltung haben sehr grosse Anstrengungen erbracht, um den erwarteten Fehlbetrag zu minimieren. Für diese Anstrengungen danken sie der Verwaltung. Sie sind jedoch der Überzeugung, dass die allermeisten Sparanstrengungen nicht nachhaltig, wenn nicht gar schädlich sind. Dies betrifft beispielsweise die Investitionsbremse. Man baut wiederum grosse Schulden in der Infrastruktur auf. Fr. 9'000'000.00 weniger als anfänglich wurden budgetiert. Dies führt zu einer repräsentativen Einschätzung der Immobiliendienste: «Mit dieser Summe konnten nur die allerdringlichsten Massnahmen ausgeführt werden. Der Zustandswert der stadt eigenen Gebäude nimmt damit weiter ab.» Auch sehen sie die Ausgabenbremse kritisch an. Bei den Sparmassnahmen Personal mit dem Einstellungsstopp/Verzicht Lohnmassnahmen sieht man die Auswirkungen auf das Personal in der Verwaltung. Angestellte identifizieren sich nicht mit Gemeinde, hohe Fluktuation, viele Krankheitsfälle und nicht einhalten der Mengengerüste. Bei den Einnahmen ist Kriens offenbar dank einem einzelnen grossen Nachsteuerfall bei den juristischen Personen mit einem blauen Auge davongekommen. Denn die Einnahmen bei den natürlichen Personen fielen viel tiefer aus als budgetiert. Zum Schluss stehen sie der Devestitionsstrategie zur Generierung von 30 Millionen Franken über die kommenden Jahre äusserst kritisch gegenüber. Als Stadt verspielt man jeglichen Gestaltungsspielraum und die Fraktion findet es für die Lebensqualität in Kriens alles andere als förderlich, wenn Kleinkinder für die Schulden tilgung über die Kantonsstrasse geschickt werden.

Martin Zellweger erläutert, dass in den letzten Wochen folgende Schlagzeilen in den Zeitungen zu lesen waren. «Der Ertragsüberschuss von 22.89 Millionen Franken in Horw soll vollumfänglich für den Schuldenabbau eingesetzt werden. Die Erfolgsrechnung 2020 der Gemeinde Meggen schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 4.9 Millionen Franken ab. Im Pandemiejahr schliesst die Rechnung der Gemeinde Emmen mit einem überraschenden Plus von 7.4 Millionen Franken. Ebikon schliesst Rechnung 2020 mit 1.1 Millionen Franken Gewinn ab. Die Jahresrechnung 2020 der Gemeinde Malers schliesst mit einem Plus von 3.16 Millionen Franken ab. Die Stadt Luzern schliesst das Rechnungsjahr 2020 mit einem Ertragsüberschuss von 10.1 Millionen Franken ab. Die Rechnung 2020 in Schwarzenberg schliesst mit einem Ertragsüberschuss von rund 1.1 Millionen Franken.» Das sind alles Nachbarn von Kriens und aus Krienser Sicht bitter. Auch macht es ein bisschen eifersüchtig. Zudem kann man heute in der Luzerner Zeitung lesen: «In Kriens lebt es sich vergleichsweise teuer. Eine Studie der Credit Suisse hat ergeben, dass die Gemeinde, rein aus finanzieller Sicht, zu den unattraktivsten 18 % aller Gemeinden in der Schweiz gehört.» Und man muss sich schon immer wieder die Frage stellen, was man besser machen muss. Diese Frage in Bezug auf den Finanzhaushalt wird Kriens noch ein paar Jahre begleiten, weil man sich ihr immer wieder stellen muss, um sich den Gegebenheiten anpassen zu können. Man hätte ja in der Rechnung 2020 den Lichtblick, ein positives Resultat von knapp Fr. 500'000.00, wenn auch nicht so gross wie die andern. Leider wird sogar dies mit den Rückstellungen für die Pensionsgelder der abgewählten Stadträte getrübt. Zu hoffen bleibt, dass sich nicht alle mit einem 40 % Job begnügen und in voller Frische wieder einen 100 % Job annehmen, der die Staatskasse entlastet. Gut anzurechnen ist, dass der ehemalige Stadtrat auf die Gewinnwarnung sofort reagiert hat und dies dann auch weitergeführt wurde. Es ist genau die Ausgabenbremse, welche die SVP-Fraktion schon gerne immer angewendet hätten. Im Budget wurde es dem Rat als unmöglich verkauft. Wie so immer in den letzten Jahren ist man im Nachhinein gescheitert. Zukünftig sähen sie das auch im Budget reflektiert. Interessant war auch die Bevölkerungsstatistik gemäss Seite 54. Die Zunahme von 725 Einwohnern relativiert sich, wenn man auch berücksichtigt, dass ca. 280 davon lediglich aufgrund einer neuen Darstellungspraxis neu eingerechnet wurden, nämlich Asylsuchende und vorläufig aufgenommene (Ausweis N und F). Diesen Kommentar hat man nicht aus dem Bericht, sondern aus der Tagespresse. Es handelt sich also letztendlich nur um eine Zunahme von 441 Einwohnern was so ca. dem Wert von 2019 (nämlich 429) entspricht, 1.6 % Wachstum gegenüber 1.5 %. Entsprechend ist auch der Steuerertrag für natürliche Personen im Steuerjahr lediglich um knapp 1.5 % gestiegen. Mit den vielen Neuwohnungen hat man aber nach wie vor das Potential langsam aber stetig zu Wachsen. Grosse Sprünge darf man nicht erwarten. Die Steuerstruktur in Kriens ist nicht so ausgerichtet. Bei den juristischen Personen sehen sie allerdings schon noch mehr Potential und da kann die Stadt auch aktive etwas dafür tun. Es bestätigt sich weiterhin, dass man sich aufgrund der Überinvestitionsphase der nahen Vergangenheit die

Investitionen stark einschränken muss. Dies wird im Zusammenhang mit dem Werterhalt zukünftig zu herausfordernden Diskussionen führen. Zum Bericht zum Legislaturprogramm möchten sie auf einen Kommentar verzichten. Die SVP-Fraktion hat das Legislaturprogramm vor drei Jahren als nicht greifbar bezeichnet, entsprechend kann der Bericht nicht viel Messbares hergeben. Sie warten gespannt und mit grossen Erwartungen auf die Diskussion um das neue Legislaturprogramm, welches vom Stadtrat bereits diese Woche veröffentlicht wurde und Thema der nächsten Sitzung ist. Insgesamt sehen sie die Rechnung 2020 als eine Übergangsrechnung vom alten zum neuen Stadtrat. Mit der Verabschiedung der Rechnung schliesst man auch das Jahr und damit einen Teil der Vergangenheit ab. Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die Ausarbeitung der umfangreichen und detaillierten Berichterstattung. Sie schätzen insbesondere die neue und transparente Kommunikation des Stadtrats. Die Fraktion tritt auf das Geschäft ein und wird die Rechnung genehmigen. Die Rechnung 2020 der Gemeinde Köniz schliesst mit einem Verlust von 1.27 Millionen Franken ab und dies ohne Pensionsgelder.

Gemäss Jörg Ziemssen dankt die FDP-Fraktion der Verwaltung und dem Stadtrat für die Arbeit zum B+A «Jahresbericht 2020». Sie bedanken sich auch, dass die Rechnung rechtzeitig den KFG-Mitgliedern zur Verfügung stand. Die Fraktion tritt ein und genehmigt diesen Jahresbericht 2020. Hierbei handelt es sich um eine Vergangenheitsbewältigung und deshalb versucht er sich kurz zu fassen. Erfreulich ist, dass die Rechnung 2020 ohne die einmaligen Rückstellungen für die Ruhegehälter der alten Stadträte mit einem Gewinn von 0.5 Millionen Franken abschliesst. Erfreulich sind auch die höheren Steuererträge bei den juristischen Personen. Bemerkenswert sind die höheren Erträge im Vergleich zu den budgetierten Zahlen bei den Sondersteuern. Bis anhin hat die Stadt Kriens 50 % erhalten und im letzten Jahr wegen der Einführung des AFR18 nur noch 30 %. Lobenswert sind die ergriffenen Sparmassnahmen vom Frühling 2020, welche nun ihre Wirkung zeigten. Für sie ist dies spannend. In den vergangenen Jahren hiess es immer es seien gebundene Ausgaben und plötzlich liegt doch noch etwas drin.

Andreas Vonesch merkt an, dass die CVP/JCVP-Fraktion für Eintreten ist und wird der Rechnung, bzw. dem Antrag so zustimmen. Zuerst möchten sie der ganzen Verwaltung für die sehr gute Arbeit danken. In einem Umfeld zu arbeiten, wo man jeden Franken zweimal umdrehen muss, bevor man ihn ausgibt, ist keine einfache Aufgabe. Trotzdem haben die Globalbudgets so weit eingehalten werden können. Das zeugt von grosser Budgettreue und hohem Kostenbewusstsein seitens der Mitarbeitenden von der Stadtverwaltung Kriens. Ringsherum haben die Gemeinden satte Gewinne erwirtschaften können, obwohl man diese Abschlüsse nicht überbewerten darf und mit einem vorsichtigen Blick für die Zukunft betrachten muss. Dass auch Kriens einen Ertragsüberschuss von rund einer halben Million Franken hätten ausweisen können, wenn die Rückstellungen für die Übergangsrenten nicht wären, ist ein schwacher Trost. Mit diesen maroden Stadtfinanzen dümpelt man irgendwo vor sich hin und nimmt gar nicht richtig Fahrt auf. Und mit dem Regierungsratsentscheid wird sich die Situation zusätzlich akzentuieren. Mit seinen dauernden Kostenübertragungen setzt der Kanton die Kommunen stark unter Druck, aber eigentlich sollte er ein eigenes Interesse an finanziell gesunden Gemeinden haben. Zu hoffen bleibt nun, dass die Strategie «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» und die eingesetzten Instrumente der Stadt Kriens greifen. Aber, und das macht der CVP/JCVP-Fraktion grosse Sorgen, ist die bedenkliche Steuerstruktur. Einmal mehr sind die Steuererträge bei den natürlichen Personen massiv tiefer ausgefallen als budgetiert und haben nur dank höheren Erträgen bei juristischen Personen und Sondersteuern etwas aufgefangen werden können. Auch wenn das schon lange erwartete Bevölkerungswachstum wenigstens zahlenmässig einsetzt, relativieren sich die genannten Zahlen durch die neue Zählweise zum einen und zum anderen sind sie skeptisch, ob die eigentlichen Neuzuzüger einen markanten Steuerzuwachs bringen werden. Die Frage ist hier erlaubt. Wie gelingt es der Verwaltung, potente Steuerzahler nach Kriens zu bringen? Ein weiterer Punkt, der der CVP/JCVP-Fraktion Sorgen bereitet ist, dass netto rund 7.5 Millionen weniger investiert als budgetiert worden sind. Man lebt bereits heute von der Substanz. Wenn man so weiterfährt, steht man in ein paar Jahren wieder vor einem grossen Investitionsbedarf. Und das wird dann erst recht teuer. Dass man budgetierte Investitionen als Jongliermasse für eine schöne Rechnung

nimmt, ist aus ihrer Sicht ein gefährliches und falsches Vorgehen. Ziemlich rosarot betrachtet die Fraktion im gemachten Ausblick das Ziel von 30 Millionen an Desinvestitionen in den nächsten 5 bis 8 Jahren. Aber sie lassen sich da gerne überraschen und sind deshalb besonders gespannt auf die angekündigte Immobilienstrategie.

Gemäss Michael Portmann ist das Eintreten der SP-Fraktion unbestritten und sie werden auch die vorliegende Rechnung genehmigen. Mit der Rechnung sind sie aber unzufrieden, weil sie die Versäumnisse der letzten Jahre deutlich zeigt. So war beispielsweise im November 2019 bei der Debatte ums Budget 2020 die Rechtslage bezüglich Steuerfuss offen. Dort hätte ein Eventualbeschluss gefasst werden müssen. Ohne Eventualbeschluss fehlten 2020 bei den natürlichen Personen Steuereinnahmen von mindestens 3 Millionen Franken. Zusammen mit der seit 2014 offenen Lücke von rund 2 Millionen Franken auf der Einkommensseite ergab sich ein Loch von mindestens 5 Millionen Franken und damit ein sehr grosses Risiko, dass die Stadt Kriens wieder ein Defizit schreibt und sich noch höher verschuldet. Mit Massnahmen wie der Ausgabenbremse von 1,5 Millionen Franken, gestrichenen Investitionen von über 5 Millionen Franken und einer sehr hohen Budgetdisziplin aller Angestellten der Stadt Kriens, liess sich der Schaden auf nur gerade 2 Millionen Franken Defizit begrenzen. Dass da Rückstellungen für die Renten der abgewählten Stadträtin und Stadträte anstanden, war unerwartet und hat einen Teil des Schadens verursacht. Übrigens haben auch die langfristigen Schulden um 5 Millionen Franken zugenommen, was zeigt, dass das Risiko für eine weitere Verschuldung im Budget 2020 tatsächlich zu hoch war. Insgesamt ist ihr Fazit fürs Rechnungsjahr 2020, dass hier eine ausserordentliche Hauruck-Übung sichtbar wird, welche ihre Ursache direkt im fehlenden Eventualbeschluss hatte. An dieser Stelle möchten sie allen Angestellten in der Stadtverwaltung für ihren riesigen und unermüdlichen Einsatz danken. Bereits 2020 wurde der Stufenanstieg im Lohnsystem der Stadt Kriens gestrichen, so dass hier das Risiko steigt, dass erfahrene Angestellte Kriens verlassen und damit das in der heutigen schwierigen Lage dringend benötigte Knowhow verloren geht. Wie wichtig die Angestellten der Stadt Kriens sind, wird auch im PUK-Bericht drin sichtbar. Ein grosser Teil der Kostenüberschreitungen hätte vermieden werden können, wenn entsprechende Personalressourcen fürs Controlling vorhanden gewesen wären. Ähnliche Muster von systembedingtem Ressourcenmangel zeichnen sich zurzeit auch in allen Bereichen der Sozialversicherungen, bei der Baukontrolle und den Baubewilligungen ab. Übrigens wird auch bei den Steuereinnahmen sichtbar, wie wichtig ausreichend Personalressourcen wären. Weil wegen Corona die Schalter geschlossen waren, konnten die Steuereinnahmen in Ruhe bearbeitet werden. Und schon entsteht ein um 8 % höherer Veranlagungsgrad und ein Plus in den Nachträgen von 7 Millionen Franken. Nicht auszudenken, wie gross das Defizit ohne Ruhe wegen Corona gewesen wäre. Auch zeigt sich bei den juristischen Personen, dass die Steuereinnahmen anstiegen, weil der Steuerfuss seit 2019 unverändert blieb. Die Wirtschaftslage war also trotz Corona recht gut und so hätte die Stadt Kriens auch bei den natürlichen Personen von höheren Einnahmen profitieren können. Das blieb aber aus, weil die Politik in Kriens seit Jahren sich selbst mit einem zu tiefen Steuerfuss das Wasser abgräbt. Kein Wunder schliessen viele andere Luzerner Gemeinden positiv ab und die Stadt Kriens nicht. Ihr Fazit: Eine weitere Hauruck-Übung erfolgreich abgeschlossen und als Wertschätzung für gute Arbeit wiederum die Stadtverwaltung abgestraft. Gar nicht auszudenken, welchen Einfluss dies auf die Qualität der Dienstleistungen der Stadt Kriens hat. Bereits heute werden an allen Ecken und Enden die Auswirkungen der Kürzungen in allen wichtigen Lebensbereichen von jung bis alt sichtbar, ganz im Gegensatz zu dem Image «gesundes, vielfältiges, attraktives und innovatives Kriens», welches die Stadt Kriens in Zukunft anstrebt.

Roger Erni merkt an, dass die Rechnung Vergangenheitsbewältigung ist, der Stadtrat damit jedoch vorwärtsschaut. Die KFG hat angefangen mit dem Dank für die frühzeitige Zustellung der Unterlagen. Im Nachhinein kann gesagt werden, dass es wenig Einfluss auf das Resultat der letzten Einwohnerratssitzung hatte. Auch der Dank an die Verwaltung wird angenommen. Folgende Herausforderungen und Chancen nimmt der Stadtrat mit Inputs des Einwohnerrats mit auf den Weg. Die erste Herausforderung sind grössere Sparübungen, welche vor allem mit der Ausgabenbremse gestartet wurden. Ins-

besondere mit dem Entscheid des Regierungsrates ist es eine sehr grosse Herausforderung. Seit gestern hat Kriens keinen budgetlosen Zustand mehr. Dem Stadtrat ist bewusst, dass man mit dem Personal achtsam sein muss. Dies ist eine Herausforderung, welche sie für das Budget 2022 mitnehmen. Betreffend der Investitionsschuld kann er sagen, dass er mit Daniel Hofmeister daran ist eine Immobilienstrategie auszuarbeiten, damit diese dem Rat präsentiert werden kann. Eine Chance ist die Stadtratsrente von 2.4 Millionen Franken, welche zurückgestellt wird. Wenn die ehemaligen Stadträte mehr arbeiten, kann ein Teil der Rückstellungen wieder Ertragswirksam werden. Die Steuererträge sind massiv tiefer als budgetiert. Auch dies ist eine Chance. Der Stadtrat der letzten Legislatur hat einen Schnitt gemacht von ca. 6 bis 7 Millionen Franken. Das ist eine Chance, welche im Jahr 2020 mit über 4 Millionen Franken ein absolutes Risiko war. Ebenso konnte der Stadtrat der letzten Legislatur nicht reagieren. Bei den juristischen Personen hatte man schöne Nachträge und hofft das weitere juristische Personen nach Kriens kommen. Betreffend einer Herausforderung liest er einen Satz der Medienmitteilung des Regierungsrates vor. «Die Regierung des Kantons ist der Ansicht, dass die Stadt Kriens die Differenz zu einem ausgeglichenen Budget 2021 im Umfang von 1.1 Millionen Franken aus eigener Kraft stemmen kann.» Er liest das «aus eigener Kraft» so, dass Kriens noch 37 Millionen Franken Eigenkapital hat. Der grösste Unterschied zwischen dem Entscheid von Emmen und dem Entscheid von Kriens ist, dass der Kanton in der Bilanz erkennt hat, dass Kriens noch 37 Millionen Franken Eigenkapital hat. Mit dem Bericht «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» hat man gesagt, dass dieses Eigenkapital nicht noch mehr runter gedrückt wird. In diesem Eigenkapital sind noch 7 Millionen Franken Aufwertungsreserven integriert. Man nimmt jedes Jahr 7 Millionen Franken raus, damit das Operative Resultat besser erscheinen lässt. Seine Abteilung wird noch im Jahr 2021 eine Immobilienstrategie vorlegen. Corona ist eine Herausforderung und ein Risiko.

Tomas Kobi stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Es erfolgte keine Wortmeldung.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Jahresbericht 2020 mit:*

- *dem Bericht über die Umsetzung des Legislaturprogramms,*
- *den Berichten zu den Aufgabenbereichen,*
- *der Jahresrechnung 2020 der Stadt Kriens bestehend aus der Bilanz per 31. Dezember 2020, der Erfolgsrechnung 2020, der Investitionsrechnung 2020 sowie der Geldflussrechnung 2020, inklusiv Anhänge,*
- *dem Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsorgans,*
- *dem mündlichen Bericht der Kommission Finanzen und Gemeindeentwicklung,*
- *dem Kontrollbericht der Finanzaufsicht,*

wird genehmigt.

2. *Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 027/21:Der Beschlusstext wird mit 28:0 Stimmen genehmigt.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfelner Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Wendelspiess Ursula	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

3. Bericht und Antrag: Erlass der Reglemente über das Dienstverhältnis und die Pensionsordnung des Stadtrates, 2. Lesung **Nr. 022/21**

Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Bericht und Antrag integriert):

- **Motion Camenisch: Anpassung des Besoldungsreglementes des Gemeinderates vom 28. Januar 1999** **Nr. 108/18**

Tomas Kobi begrüsst als Sachverständigen Guido Solari.

Laut Martin Zellweger hat die KFG die Reglemente über das Dienstverhältnis und die Pensionsordnung des Stadtrates in der 2. Lesung, in der letzten Sitzung, unter Beisein von Stadtpräsidentin Christine Kaufmann-Wolf sowie Guido Solari besprochen. Sie waren sich einig, dass der Stadtrat die Änderungsanträge der 1. Lesung zu ihrer vollen Zufriedenheit berücksichtigt und eine entsprechende Formulierung ausgearbeitet hat. Es sind dies speziell die folgenden Themen. Im Reglement über das Dienstverhältnis stand dabei vor allem die Entscheidungsfindung der Pensenregelung im Vordergrund. Aufgrund der Diskussion in der letzten Einwohnerratssitzung hat der Stadtrat einen geeigneten Vorschlag ausgearbeitet, den sie in dieser Form voll unterstützen. Der Stadtrat muss somit Entscheide aufgrund von Ansprüchen aus dem Reglement in einem Stimmverhältnis von mindestens 4:1 fällen. Sollte dies nicht zustande kommen, das heisst, steht der Entscheid lediglich bei 3:2, so legt der Stadtrat der Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung einen B+A vor. Die KFG entscheidet dann

abschliessend. Sollte bei einem Stimmenverhältnis von 4:1 der unterlegene Stadtrat oder Stadtpräsidentin nicht mit dem Entscheid einverstanden sein, so wird die KFG unter Einbezug des Leiters Personaldienste eingeschaltet. In diesem Fall amtiert die KFG als Schlichtungsstelle. In beiden Fällen besteht als nächster Schritt jeweils noch der Gang zum Kantonsgericht. Die Kommission erachtet diese Verfahren als zweckmässig und unterstützt dies voll und ganz. Schön ist es natürlich vom neuen Stadtrat zu hören, dass er die Anwendung dieses Eskalationsverfahrens natürlich in jeder Form verhindern will. Das stimmt sie nach ein paar holprigen Jahren zuversichtlich. Die Anpassung erfordert eine Ergänzung der Geschäftsordnung. Ebenfalls muss das Pflichtenheft der KFG nachgeführt werden. Im Reglement über die Pensionsordnung wurde die Begrenzung der Abgangsentschädigung auf die 12 Betreffnisse, sprich auf ein Maximum von 12-jähriger Anrechnung der Amtszeit begrenzt. Dies entspricht dem Wunsch des Parlaments. Sämtliche Fraktionen zeigten sich in der Diskussion mit der Umsetzung des Stadtrats gemäss Anträgen des Einwohnerrats einverstanden. Somit war Eintreten einstimmig und die Empfehlung für die Annahme des Antrags ebenfalls.

Im Namen der Grüne/glp-Fraktion bedankt sich Pascal Meyer für die zügige Ausarbeitung der beiden Reglemente. Dem Stadtrat ist es hoch anzurechnen, dass er die Chance der kompletten Neubesetzung genutzt hat um dieses Geschäft fortschrittlich und mutig anzupacken. Für die Beurteilung der Umsetzung stützen sie sich gerne auf das Wortprotokoll der ersten Lesung. Dieses ist leider bis anhin noch nicht vorhanden. Sie würden sich wünschen, wenn dieses bei zukünftigen 2. Lesungen vorhanden ist. Nebst kleineren Änderungen im Reglement zum Dienstverhältnis wurde unter den Zuständigkeiten ein wichtiges Thema behandelt. Der Stadtrat muss als politisch handlungsfähiges Gremium arbeiten können. Daher müssen Entscheide, welches dieses Reglement betreffen, mit einer 4:1 Mehrheit getroffen werden. Ziel dabei ist, dass der Stadtrat diese grundlegenden Fragen sauber diskutiert und wenn nötig Kompromisse sucht. Dies entspricht den Vorstellungen ihrer Fraktion einer guten Regierungsführung. Wird sich der Stadtrat in diesen Fragen nicht einig, soll die KFG entscheiden. Auch wenn sie diesem Artikel heute so zustimmen, wäre für sie ein Weg über den Einwohnerrat auch vorstellbar gewesen und hätte einen legitimeren Mehrheitsentscheid gebracht. Nach der guten Arbeit als integre Regierungspersönlichkeit kommt auf vielen Wegen der letzte Arbeitstag und damit beginnt nicht zwingend die Pension, wie der Titel des zweiten Reglements suggeriert, sondern eine berufliche Neuausrichtung. In dieser Zeit soll abtretenden Exekutiv-Mitgliedern eine einmalige Abgangsentschädigung ausgegeben werden und die Zeit der Neuorientierung erleichtern zu können. Dies ersetzt die veraltete feudale Regelung. Die Grüne/glp-Fraktion sieht dies als grossen Fortschritt. Zusammenfassend sehen sie mit den beiden Reglementen eine vorbildliche Lösung mit Vorbildcharakter für andere Gemeinden. Dieser guten Ausarbeitung werden sie daher zustimmen können und unterstützen den vorliegenden Beschlusstext zum B+A.

Martin Zellweger merkt an, dass er sich kurzfassen kann. Wie von der Kommission und auch vom Vorredner bestätigt, wurden die Anpassungswünsche der 1. Lesung in guter Form umgesetzt. Die SVP-Fraktion bedankt sich dafür, tritt ein und wird dem Antrag zustimmen. Sie haben bereits anlässlich der ersten Lesung verdeutlicht, dass der Stadtrat damit einen sehr repräsentativen ersten Schritt nach Amtsübernahme gemacht hat. Er hat bewiesen, dass es ihm ernst ist mit dem «frischen Wind» und er hat wahrscheinlich auch einen neuen Massstab gesetzt, für die Reglementierung für öffentliche politische Ämter in Bezug auf Dienstverhältnissen sowie Pensionsregelungen. Dafür gratuliert er dem Stadtrat. Ebenso gebührt dem Stadtschreiber sowie dem Leiter Personaldienste Dank für die Ausarbeitung dieser intelligenten Regelwerke. Ausgangslage für diesen Bericht und Antrag war mitunter die Motion Camenisch zur Anpassung des Besoldungsreglements Nr. 108/2018. Die Fraktion stimmt somit der «erheblich Erklärung» sowie der Abschreibung der Motion zu.

Daniel Rösch erläutert, dass die Meinung der FDP-Fraktion zum vorliegenden Geschäft sich nach der 1. Lesung nicht geändert hat. Im Gegenteil, sie sind der Meinung, dass die Anpassungen die vorliegenden Reglemente noch verbessert haben. Es ist positiv zu bewerten, dass mit dem Reglement über

das Dienstverhältnis nun endlich die Handhabungen mit den Neben- und Zusatzbeschäftigungen geklärt ist. Die von ihnen, mittels Antrag geforderten Präzisierungen zu den Neben- und Zusatzbeschäftigungen nehmen sie zur Kenntnis und danken dafür. Ein wichtiger Wurf erscheint ihnen das Reglement über die Pensionsordnung. Alte Zöpfe werden endgültig abgeschnitten und auch der goldene Fallschirm fällt definitiv weg. Mit der neuen Regelung wird zukünftig das Exekutivamt auch für jüngere Leute wieder attraktiver. Die Fraktion ist überzeugt, dass dieses Reglement ein Vorbild für andere Gemeinden sein wird. Sie danken dem Stadtrat für die Ausarbeitung der Reglemente. Auch schätzen sie die hier erbrachte Arbeit des frischen Windes sehr, denn die getroffenen Entscheidungen erfordern Mut sowie Bescheidenheit. Die FDP-Fraktion dem B+A zustimmen.

Gemäss Ursula Wendelspiess steht die CVP/JCVP-Fraktion den Reglementen über das Dienstverhältnis und die Pensionsordnung positiv gegenüber und wird denen auch zustimmen. Sie freuen sich, dass die Änderungsanträge von der 1. Lesung alle gut umgesetzt worden sind und somit die Anträge vom Rat respektiert worden sind. Sicherlich ist es ein mutiger Entscheid dieser entspricht aber auch dem heutigen Zeitgeist und ist Unterstützenswert. Ein wichtiger und richtiger Schritt, welcher sicher von der Bevölkerung auch positiv wahrgenommen wird. Auch für die Finanzen sicher ein positiver Einfluss. Neue Gedanken und Einflüsse wurden nun klar und konsequent umgesetzt. Auch die Beantwortung der Motion findet die Fraktion gut. So hoffen sie, dass mit den neuen Reglementen auch Ruhe einkehren kann und sich die Mitglieder des Stadtrates voll und ganz auf Ihre Arbeit konzentrieren können und danken ihnen hiermit auch für ihr jegliches Engagement für die Stadt.

Michael Portmann stellt fest, dass das neue Dienstreglement und die neue Pensionsordnung des Stadtrates zur 2. Lesung vorliegt. Sobald der Rat diese beiden Reglemente genehmigt, sind die Renten für Altstadträte und Altstadträtinnen passé. Dafür liegt eine neue Regelung vor, mit welcher vor allem der Übergang vom Dienst an der Öffentlichkeit ins Erwerbsleben gesichert werden soll. Insgesamt sind die beiden Reglemente aus Sicht der Fraktion eine erfreuliche Sache, weshalb auch sie eintreten und die Reglemente genehmigen werden. Und trotzdem wollen sie drei unschöne Aspekte doch noch erwähnen. Sie verstehen, dass viele im Rat ein Schlichtungsverfahren für Streitigkeiten im Stadtrat ermöglichen wollten. Dieses liegt nun sauber ausgearbeitet von Verfahren, Formalitäten bis hin zu den Abläufen vor. Die SP-Fraktion hofft, dass dieses Schlichtungsverfahren nie benutzt werden muss. Was sie bedenklich finden, ist, dass dieses Schlichtungsverfahren vor allem deshalb notwendig wurde, weil aufs Fixum bei den Pensionen des Stadtrats verzichtet wurde. Sie hätten es sehr begrüsst, wenn die Pensionen des Stadtrats bei gleichen und gleichberechtigten 80 % fixiert worden wären. Damit hätte man die Artikel 20 bis 22 komplett ersparen können. Schliesslich bezieht sich das Schlichtungsverfahren einzig und allein aufs Dienstreglement respektive auf Streitigkeiten, welche vor allem aus der Zuteilung der Pensionen entstehen könnte. Da beisst sich die Katze wirklich schon beinahe in den eigenen Schwanz. Gemäss Personalreglement der Stadt Kriens haben Angestellte, welche ein politisches Mandat wahrnehmen dürfen in einem 80 % Pensum Anrecht auf 12 bezahlte Urlaubstage, damit sie die fürs Mandat notwendigen Veranstaltungen besuchen können. Ein 80 % Pensum umfasst bei rund 200 Arbeitstagen im Jahr 160 Arbeitstage. Davon dürfen also 12 Tage fürs politische Mandat genutzt werden. Erst ab dem 13. Tag muss die Freizeit dafür geopfert werden. Der Arbeitgeber muss dabei akzeptieren, dass damit 12 Arbeitstage verloren gehen und muss sich entsprechend arrangieren. Das ist der Preis für Angestellte, die in politischen Mandaten aktiv sind. Im Gegensatz dazu setzt man beim Stadtrat voraus, dass jedes Mitglied mindestens 160 Arbeitstage aufwendet und verzichtet dabei explizit und deutlich auf eine Arbeitszeiterfassung. Wenn man also einem Mitglied des Stadtrats bezahlte Urlaubstage für ein zweites politisches Mandat gönnt, können diese gar nicht verrechnet werden, weil eine Arbeitszeiterfassung fehlt. Und wieder dreht die Katze im Kreis und beisst sich selbst in den Schwanz. Insgesamt hatte die vorletzte Sitzung mit der 1. Lesung beinahe schon Workshop-Charakter, was sicher das Reglement besser macht, aber vermutlich doch nicht zu den Aufgaben eines Stadtparlaments gehört. Das Schlichtungsverfahren war in der 1. Lesung zwar angedacht, musste auf Input vom Rat aber noch deutlich verfeinert werden. Es wäre deutlich komfortabler gewesen, wenn dem Rat bereits in der 1. Lesung ein funktionstüchtiges Schlichtungsverfahren vorgelegen hätte. So wäre der Eindruck

entstanden, dass der Stadtrat die gesamte Vorlage durchdacht hat. Überhaupt sind die Arbeiten an diesen Reglementen sehr zeitaufwendig, so auch die erste Lesung zum Finanzhaushaltsreglement, welches komplett ohne Zahlenmaterial geliefert wurde oder denn auch das Siedlungsentwässerungsreglement, welches später noch diskutiert wird. Bei diesem Reglement hat man es mit einer Gesamtrevision in nur einer Lesung zu tun, weil's pressiert, wobei aber auf die Synopse, den üblichen Vergleich von alt und neu komplett verzichtet wurde. Hier müsste sich der Stadtrat denn auch echt überlegen, wie viel Arbeit sie den Parlamentsmitgliedern zumuten wollen. Erwartet der Stadtrat wirklich, dass der Rat auch einen Teil ihrer Arbeit im Sinne von Workshops erledigt? Sie definitiv nicht. Die SP-Fraktion erwartet, dass zukünftige Vorlagen für Reglemente komplett ausgearbeitet und mit den für die Beurteilung notwendigen Informationen ausgestattet werden.

Christine Kaufmann-Wolf dankt für die sehr positiven Rückmeldungen. Sie stellt fest, dass man am Schluss auch ein sehr kritische Rückmeldung gehört hat. Ein grosser Dank geht an Guido Solari und Beat Schwander, welche sich damit sehr intensiv auseinandergesetzt haben und auch die Anpassungen schnell gemacht haben. Durch die intensive Diskussion und die Anregungen aus der ersten Lesung, konnte der Entwurf verfeinert werden. Auch konnten wertvolle Inputs vom Einwohnerrat integriert werden. Die Diskussionen waren auf einer Partnerschaftsebene, denn der Stadtrat hat sich sehr begleitet gefühlt. Es gab bereits andere Gemeinden, welche angeklopft haben und Interesse zeigten. Ein solches Reglement ist in anderen Gemeinden nicht bekannt.

Tomas Kobi stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Es erfolgte keine Wortmeldung.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Das Reglement über das Dienstverhältnis des Stadtrates (Nr. 0124) wird gemäss Vorlage festgesetzt.*
2. *Das Reglement über die Pensionsordnung des Stadtrates (Nr. 0122) wird gemäss Vorlage festgesetzt.*
3. *Die Geschäftsordnung des Einwohnerrates vom 30. Juni 2016 (Nr. 0112) wird gemäss Buchstaben k. (Fremdbestimmung) ergänzt.*
4. *Die Motion Camenisch: Anpassung des Besoldungsreglements des Gemeinderates (Nr. 108/2018) wird als erheblich erklärt und abgeschrieben.*
5. *Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.*
6. *Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 022/21:

Der Beschlusstext wird mit 28:0 Stimmen genehmigt.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfele Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Wendelspiess Ursula	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

4. Bericht und Antrag: Aufhebung Richtplan Entwicklungsschwerpunkt Eichhof – Schlund – Bahnhof Horw (ESP-RP) Nr. 037/21

Laut Armin Lisibach hat sich die KBVU über die Erfahrungen und dem möglichen rechtlichen Ablauf ausgetauscht. Der Antrag wurde mit 6 gegen 1 Gegenstimme angenommen und die Meinung, dass der Richtplan entsprechend aufgehoben werden kann. Wichtig im Sinne der KBVU ist, dass ein regelmässiger Kontrollbericht der Stadt Kriens zur Verfügung steht und dann die Stadt Kriens auch im ganzen Thema ihre aktive Rolle weiter wahrnimmt. Gemäss Stadtrat und Bauvorsteher Maurus Frey, sei es nicht so, dass die Stadt Luzern federführend ist und dieses Projekt steuert. Kriens ist für die Infrastruktur verantwortlich und dadurch hat auch die Stadt den grössten Kostenanteil zu stemmen, soll so aber auch weitere Steuereinnahmen generiert werden können. Dann schauen sie optimistisch in die Zukunft mit dem Regelwerk LuzernSüd, wenn dies dann durch den Regierungsrat auch genehmigt wird.

Peter Stofer stellt fest, dass der Antrag an den Einwohnerrat eine bedingte Aufhebung des überkommunalen Richtplans Entwicklungsschwerpunkt Eichhof-Schlund-Bahnhof Horw aus dem Jahre 2003 vorsieht. Bedingt daher, weil die Aufhebung erst in Kraft tritt, nachdem der Regierungsrat das neue Regelwerk LuzernSüd genehmigt hat. Welche Planinhalte man heute ausser Kraft setzt, das weiss man. Die neue Richtplaninhalte hingegen kennt man nur aus der Fassung, welche von der Delegiertenversammlung LuzernPlus im vergangenen April beschlossen wurde. Solange sich der Regierungsrat noch nicht über das Regelwerk gebeugt hat, weiss man nicht, was er schlussendlich beschliesst.

Kriens gibt also einen Teil dieser Entscheidungsautonomie aus der Hand. Die Grüne/glp-Fraktion hätte es gerne umgekehrt gehabt. Das ist aber offenbar der Preis, den die Stadt Kriens für die angestrebte Zusammenarbeit mit der Stadt Luzern und Horw bezahlen muss. Das Regelwerk ist aus Grüner Sicht kein Wurf. Es ist aber ein Schritt in die richtige Richtung. Darum tritt die Fraktion auf das Geschäft ein und wird der Aufhebung des Krienserteil des überkommunalen alten Richtplans Entwicklungsschwerpunkt Eichhof-Schlund-Bahnhof Horw aus dem Jahre 2003 zustimmen. Dies aus folgenden Überlegungen. Die Vision mit den drei linearen Elementen, welche in Zukunft das Rückgrat des Entwicklungsgebietes sein sollen, hört sich vielversprechend an. Ein Autobahnpark, eine breite Promenade, der Südallee mit schattenspendenden Bäumen und viel Platz für den Langsamverkehr, und schliesslich das Freigleis. Nach Jahrzehnten des Wildwuchses und Wildwestmentalität ist aus dem neuen Regelwerk der Wille zu Strukturierung, zur Gestaltung erkennbar. Um dem massiven zukünftigen Verkehrswachstum zu begegnen soll jetzt auch beim MIV gesteuert werden. Die Gemeinden verlangen bei grösseren Bauvorhaben, sowie bei Gestaltungs- und Bebauungsplänen ein Mobilitätskonzept mit dem Ziel, einen möglichst hohen Anteil des öffentlichen Verkehrs und des Fuss- und Veloverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen zu fördern. Die Gemeinden legen maximale Anzahl Fahrten pro Areal fest und setzen sie bei den Grundeigentümern durch, indem sie lenkungswirksame Massnahmen verlangen. Zur Steuerung des ausfahrenden motorisierten Verkehrs aus den Arealen und Quartieren auf die Kantonsstrassen und die übergeordneten Gemeindestrassen realisieren die Grundeigentümer resp. die Gemeinden in Absprache mit dem Kanton bei Bedarf Dosier- und Messstellen. Ein lenkungswirksames Parkplatzreglement soll erarbeitet werden. Man stellt eine Streichung des Kapitel 8 Autobahn ortsverträglich zu gestalten in Aussicht, falls man keine Einigung über die Finanzierung des Deckels mit der Stadt Kriens finden könne. Die Fraktion ist der Meinung, dass eine offene Schneise oder ein 70 m breiter, überirdischer Tunnel nur sehr schwer Quartiere verbinden kann. Das Regelwerk ist kein Wurf. Aber es verpflichtet die Gemeinden koordiniert, die Vorgaben grundeigentümerverbindlich zu verfügen und durchzusetzen. Es fusst auf für Kriens wegweisende Grundlagenpapiere. Dazu gehören die Sozialräumliche Entwicklung und das Grundkonzept Verkehr um nur die wichtigsten zu nennen. Nur durch eine qualitätsvolle und nachhaltige Entwicklung werden sich längerfristig auch wirklich wirtschaftliche Chancen bieten. Die vergangene Entwicklung im Gebiet Luzern Süd hat das Image der Stadt Kriens geschadet. Das Regelwerk muss den dringend nötigen Paradigmenwechsel einläuten. Es stellt sich die Herausforderung, wie das Bisherige aufgewertet werden kann und wie parallel dazu Neues von hoher Qualität entstehen kann. Der Stadtrat und der Einwohnerrat werden gefordert sein, um auf innovative und fortschrittliche Verkehrskonzepte und öffentliche Räume zu pochen und die privaten Investoren in die Pflicht zu nehmen. Nur mit einer konsequenten Mehrwertabschöpfung kann die Realisierung der Vision LuzernSüd finanziert werden. Vom Beispiel Kriens Zentrum weiss man, dass bei solchen Anliegen weiterhin mit Gegenwind zu rechnen ist. Für die Umsetzung dieses Regelwerkes braucht es jedoch den ausgesprochenen Willen der Stadt, ansonsten drohen das zukünftige Rückgrat zu einem Genickbruch zu verkommen. Dies nämlich dann, wenn es nicht gelingt, eine Entwicklung hin zu einem attraktiven Stadtteil zu lancieren.

Gemäss Patrick Koch ist die SVP-Fraktion grundsätzlich für Eintreten trotz zeitlicher und juristischer Bedenken. Die vertiefte Abstimmung von Siedlung und Verkehr, aber auch die sozialräumliche Konzeption und das Schaffen von attraktiven öffentlichen Räumen bilden die Schwerpunkte im neuen Regelwerk LuzernSüd. Das Regelwerk LuzernSüd besteht aus einem Regionalen Teilrichtplan und einem Regionale Konzept und schafft somit behördenverbindliche Planungssicherheit. Das Regelwerk LuzernSüd gilt schweizweit als Vorreiter für die interkommunale Planung. Die Delegiertenversammlung von LuzernPlus hat am 23. April 2021 das Regelwerks LuzernSüd erlassen. Nun läuft die Frist für ein fakultatives Referendum vom 1. Mai bis 29. Juni 2021. Nach Ablauf dieser 60-Tage-Frist wird das Regelwerk LuzernSüd beim Kanton zur Genehmigung eingereicht. Das neue Regelwerk LuzernSüd tritt bekanntlich nur dann in Kraft, wenn der Einwohnerrat ja zum vorliegenden Bericht sagt. Es erstaunt schon sehr, dass die 60-Tage Referendumsfrist bereits seit dem 1. Mai 2021 läuft, obwohl das Parlament erst heute über die Aufhebung des Richtplanes ESP entscheidet. Der Einfluss der Stadt Luzern ist nicht nur im Namen des Nachfolgeproduktes «Regelwerk Luzern Süd» offensichtlich. Das Regelwerk Luzern Süd ist gerade im Bereich Verkehr stark geprägt von links-grüner Ideologie. Die SVP-

Fraktion hat bereits bei der Behandlung des Planungsberichts LuzernSüd Vertiefungsgebiet 3, 4, 5 und Mattenplatz den Mahnfinger erhoben. Im Teil D des Regelwerks LuzernSüd, also im behördenverbindlichen Teil mit «Richtplan» und «Konzept» ist Kapitel D.10 wie folgt benannt. *«Den motorisierten Verkehr nutzgerecht und siedlungsverträglich lenken.»* Darunter sind ausgefallene, sonderbare Massnahmen angedacht. *«Zur Steuerung des ausfahrenden motorisierten Verkehrs aus den Arealen und Quartieren auf die Kantonsstrassen und die übergeordneten Gemeindestrassen realisieren die Grundeigentümer resp. die Gemeinden in Absprache mit dem Kanton bei Bedarf Dossier- und Messstellen.»* Besonders sauer stösst der Fraktion nach wie vor das Ansinnen auf, dass der Mattenhofkreisel – das eigentliche Herzstück für die Bewältigung des Verkehrs in Luzern Süd – zu einem Begegnungsplatz mit Ampeln umfunktioniert werden soll. Der Verkehrskollaps ist programmiert. Kriens wäre vermutlich die erste Kommune die einen Kreisel zurückbauen würde. Positiv bewerten sie, dass im Teil D die Bypass-Problematik aufgenommen ist. Unter der Rubrik D.8 den Autobahnraum ortsverträglich gestalten, wird die Position des Stadt- und Einwohnerrates unterstützt. LuzernSüd ist ein Entwicklungsschwerpunkt mit grossem Potenzial. Dieses Gebiet erstreckt sich über eine Fläche von 1,7 km². Die zentrale Lage mit bester Verkehrserschliessung mit dem öffentlichen Verkehr, mit dem Freigleis sowie mit direkten Autobahnanschlüssen ermöglicht es, bestehende und neue Siedlungen bewusst und nach neusten städtebaulichen Kriterien zu entwickeln, um so urbanes Leben zu ermöglichen. Vielfältige Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten, eine zukunftsweisende Energieversorgung sowie eine integral mitgedachte sozialräumliche Entwicklung machen das Gebiet attraktiv. Ein toller Werbespruch für LuzernSüd. Doch die SVP-Fraktion vermisst etwas. Trotz sehr tiefer Unternehmenssteuern im Kanton Luzern und grundsätzlich günstigen Rahmenbedingungen stellen sie mit Bedauern fest, dass es in all den Jahren nicht gelungen ist, Unternehmen mit Ausstrahlungskraft in LuzernSüd neu anzusiedeln. Damit meint er nicht Aldi, Ökihof usw. Warum gelingt hier nicht der grosse Coup? Ein Unternehmen das wertvolle Arbeitsplätze nach Kriens verlagert und Kriens mit reichlich Steuergelder segnet. Die SVP-Fraktion ist grossmehrheitlich für Annahme des vorliegenden Bericht- und Antrages.

Laut Armin Lisibach spricht grundsätzlich auch von der FDP-Fraktion nichts gegen die Aufhebung. Wichtig einfach, dass die Interessen der Stadt aktiv einfließen können und auch den nötigen Respekt und die nötige Gewichtung erhalten. Im Sinne der Performance und dem proaktiven vorausarbeiten verzichtet die FDP-Fraktion auf Polemik und Vergangenheitsbewältigung

Im Namen der CVP/JCVP-Fraktion bedankt sich Michèle Albrecht beim Stadtrat für den B+A, welcher die Aufhebung des obsoleten Richtplanes «Entwicklungsschwerpunkt Eichhof – Schlund – Bahnhof Horw» bezweckt. Sie hat es bewusst unterlassen, sich in das veraltetete Papier aus dem Jahre 2003 detailliert zu befassen. Zu vermerken bleibt einzig, die hohe Anzahl bereits realisierter Projekte daraus und das überkommunale Commitment bereits zwei Jahrzehnte in der Vergangenheit. Lieber nutzt sie ihre Zeit dazu, das vorliegende «Regelwerk LuzernSüd» zu studieren. 2010 haben die Gemeinden Kriens, Horw und Luzern mit dem Leitbild für die Entwicklung von LuzernSüd wiederum gemeinsam mit der Planung des kantonalen Entwicklungsschwerpunktes LuzernSüd begonnen. 2020 liegt nun das gemeinsam erarbeitete «Regelwerk LuzernSüd» vor, welches die bisherigen Planungen in einem behördenverbindlichen Richtplan und Konzept zusammenfasst. Dieses Regelwerk bildet also die Grundlage für die weitere interkommunale Zusammenarbeit im ESP LuzernSüd. Die öffentliche Auflage des ESP fand vom 1. bis 30. September 2020 statt. Die Delegiertenversammlung hat am 24. April 2021 darüber erlassen und noch immer Sommer 2021 soll die Eingabe an den Regierungsrat erfolgen. Wer seine Hausaufgaben bis dahin nicht gemacht hat, empfiehlt sie das Erklärvideo oder den Download unter www.luzernplus.ch. Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt also die zeitgerechte und behördenverbindliche Ablösung und blickt zuversichtlich auf eine hoffentlich weiterhin zielführende Zusammenarbeit der Akteure rund um LuzernSüd – insbesondere auch für das überkommunale Jahrhundertprojekt «Chance Bypass».

Kathrin Gut merkt an, dass der Controlling Bericht nach 10 Jahren zeigt, dass die meisten Massnahmen umgesetzt wurden. 10 Jahre ist eine sehr lange Zeit, wenn in Zukunft die Berichte im neuen Regelwerk in kleineren Zeiträumen stattfinden und eine Kontinuität geschaffen wird im Bereich Controlling begrüssen sie das sehr. Ebenfalls eine IST-Erhebung im 2023, so kann man sehen was erreicht wurde und welches SOLL noch erfüllt werden muss. Leider wurden weitere Massnahmen wie die sozialräumlichen Entwicklungen im ursprünglichen Konzept nicht berücksichtigt. Für Kriens ist eine seriös aufgebaute Siedlungsentwicklung ein MUSS bei den vielen Bauprojekten, damit nicht teure Fehlplanungen entstehen. Mit dem neuen Regelwerk LuzernSüd wird die übergreifende Koordination und Zusammenarbeit von Kriens, Horw und Luzern weitergeführt. Die Abstimmung dieses Gebietes betreffen Wohnungsbau, Arbeitsortgestaltung und sehr guter Verkehrsplanung ist in einem so dicht besiedelten Gebiet besonders wichtig. Mit dem neuen Regelwerk wird die Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit der drei Gemeinden behördenverbindlich festgelegt. Rahmenbedingungen sind notwendig, damit die Stadt Kriens ihre Interessen durchsetzen kann und dies auch aktiv weiterhin tun soll. Positiv zu bewerten ist, dass durch die interkommunale Planung und Zusammenarbeit Ziele gemeinsam erreicht wurden und auch dies auch in Zukunft geschehen soll. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und die Genehmigung für die Aufhebung des Richtplans.

Maurus Frey bedankt sich für die konstruktive und effiziente Beratung. Die Beratung und die Voten zeigen ein wenig an, dass eine abstrakte Schattendiskussion geführt wird. Heute wird die bedingte Aufhebung von einem Richtplan bestimmt. Gleichzeitig diskutiert man über das Konzept und die Ideen. Er bittet den Rat, LuzernSüd nicht schlecht zu machen. Es entsteht immer mehr Lebensraum von immer mehr Krienserinnen und Krienser. Auch hat man Firmen, welche bereits heute einen relevanten Beitrag leisten. Das Freigleis ist eine wichtige Velowegverbindung, welche zum grössten Teil nicht auf Krienser Boden ist. Es braucht die Hilfe von den Nachbarn und Mitpartner, aber Kriens hat weiterhin das Heft in der Hand und hat enormen Bedarf an Infrastrukturen. Er möchte den Rat ermuntern, wenn die Restaurants wieder öffnen, sich mit dem Velo oder zu Fuss an dem Leben in LuzernSüd zu beteiligen. Es wurde gefragt, wie das Reporting aussieht. Es wurde eine Reportingperiode von 10 Jahren bestimmt und im Regelwerk ist ein Reporting im 5 Jahres Turnus vorgesehen. Die Referendumsfrist bezieht sich auf den Beschluss vom regionalen Entwicklungsträger. Auch der Beschluss, welcher heute beschlossen wird, unterliegt dem fakultativen Referendum.

Tomas Kobi stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Es erfolgte keine Wortmeldung.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Die Aufhebung des Teils Stadt Kriens des überkommunalen Richtplans Entwicklungsschwerpunkt Eichhof-Schlund-Bahnhof Horw (ESP RP LuzernSüd) vom 2. Dezember 2003 zu genehmigen.*
2. *Der Beschluss gemäss Ziffer I tritt mit der Genehmigung des neuen Regelwerks LuzernSüd (Teilrichtplan und Konzept) durch den Regierungsrat in Kraft.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 037/21:
Der Beschlussestext wird mit 27:0 mit 1 Enthaltung Stimmen genehmigt.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Räto	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja
Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Enthaltung
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfelner Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Wendelspiess Ursula	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

5. Bericht und Antrag: Abschlussbericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zu den Kostenüberschreitungen Zentrum Pilatus, Schappe Süd und Sportzentrum Kleinfeld Nr. 039/21

Martin Zellweger merkt an, dass man es als einwohnerrätliche Aufsichtskommission der Stadt Kriens im Juli 2019 als Pflicht gesehen hat, sicherzustellen, dass die Vorfälle rund um die Kostenüberschreitungen genau analysiert und transparent dargestellt werden. Aufgrund der vom Rat immer wieder bemängelten Berichterstattung und der fehlenden Besserung, war dieser Schritt folgerichtig. Es ging darum die Quellen für die entstandenen Fehler, insbesondere das Muster der Wiederholung derselben Fehler zu kennen und die Ursachen zu beheben. Eine Weiterführung in derselben Art und Weise wäre weder tragbar noch verantwortbar gewesen. Die Kommission wünschte sich eine unabhängige und nicht durch den Stadtrat beauftragte Analyse, auch um Transparenz und Glaubwürdigkeit gegenüber der Öffentlichkeit zu schaffen. Aus diesem Grund beantragte die KFG den Einsatz einer Parlamentarischen Untersuchung. Dieses politische Mittel, ist in der Geschäftsordnung des Einwohnerrates genau zu diesem Zweck vorgesehen. Man hat eine sachliche Analyse gewünscht, welche unabhängig und lösungsorientiert vorgeht, um die Situation für die Zukunft klar darzustellen. In der September Sitzung 2019 hat das Parlament dann einstimmig dem Antrag der KFG zugestimmt. Es ist müssig sich darüber zu unterhalten, ob denn den Kosten der PUK im Rahmen von Fr. 115'000.00 auch ein Nutzen gegenübersteht. Rein schon die Höhe der wiederholten Kreditüberschreitungen begründet die Kosten zur Verhinderung einer Wiederholung zum zigten Mal. Selbstverständlich, der Bericht alleine genügt nicht. Aber er liefert genügend Ansatzpunkte um die Situation zu verbessern. Jetzt sind Taten gefordert, vom Stadtrat, welcher für die operative Umsetzung von Massnahmen und deren Durchsetzung zu erwirken ha. Aber auch die Führung der Verwaltung, welche in der Pflicht steht, die Arbeiten mit der notwendigen Sorgfältigkeit und Governance umzusetzen, sich bei entsprechendem Anzeichen auf Risiken und

Abweichungen umgehend bemerkbar zu machen. Aber auch die KFG und das Parlament stehen in der Pflicht diese Mittel zur Aufsicht auszuschöpfen und die notwendige Überwachung der politischen und operativen Führung gemäss Pflichtenheft wahrzunehmen. Die PUK hat mit ihren beschränkten Mitteln ein sehr wertvolles Resultat erarbeitet. Zum einen haben sämtliche Mitglieder als Milizorganisation ihre Freizeit für diese Arbeit aufgewendet. Zum andern hat die beauftragte Unternehmung Ernst & Young sowie Thomas Willi für die knappen zur Verfügung stehenden Mittel ein sehr ausgereiftes Resultat vorgelegt. Man kann jetzt wieder hinterfragen, ob dies denn genügend detailliert sei und nicht noch tiefer gebohrt werden müsste. Man hat tatsächlich genügend konkrete Ansatzpunkte um die Situation zu verbessern. Er ist der Meinung, dass der erst Teil umgesetzt werden soll und später noch über weitere Details diskutiert werden kann. Es ist der KFG jedoch ein grosses Anliegen, dass jetzt auch etwas daraus gemacht wird. Zum einen werden sie bezüglich des Beschlusstexts noch einen Antrag stellen, welche konkrete Aktion und Berichterstattung vom Stadtrat fordert. Im Weiteren hat sich die KFG, unter anderem auf Antrag der Grüne/glp-Fraktion, selbst auferlegt in der nächsten Sitzung die Schwerpunkte festzulegen, welche sie in ihrer Aufgabe als politische Aufsichtskommission näher betrachten und überwachen will. Die Schwerpunkte des PUK-Berichts und die abgeleiteten Empfehlungen zeigen verschiedene wichtige Ansatzpunkte, deren Umsetzung sichergestellt werden soll. Zum Beispiel der Ausbau des Controllings bei Bauprojekten in Bezug auf Planänderungen, sowie Schulung der Verwaltung im Umgang mit Planänderungen. Aber auch die Schulung der Stadtverwaltung in Bezug auf die neuen gesetzlichen Vorschriften, sowie die Verordnung des Kantons in Bezug auf das FHGG. Die Systematisierung des Abgleichs von Finanzbuchhaltung und externer Abrechnung, die Einführung eines Projekt-Auftrags-Managementsystems, die Sicherstellung der Ressourcenplanung mit dem Antrag eines Bauprojekts, die Klärung von Projektorganisation und Verantwortlichkeiten vor Projektbeginn, das Schaffen des Vieraugenprinzips und die Reduktion von Projektkomplexitäten. Einige Themen wurden bereits angepackt, insbesondere die Einführung eines IKS aber auch die Erarbeitung eines Finanzhaushaltsreglements. Weitere Massnahmen wurden in der Stellungnahme jedoch sehr rudimentär aufgeführt und werden sicher noch hinterfragt werden müssen. Um den Wert dieses Berichts also freizusetzen, braucht es jetzt noch einiges an Arbeit in Verwaltung, Stadtführung und Politik. Für die hervorragende und mit grossem, persönlichem Einsatz geleistete Arbeit möchte er sich im Namen KFG bei der PUK, den beiden Präsidenten und den Mitgliedern bedanken und den Bericht würdigen. Die KFG ist einstimmig eingetreten und empfiehlt den Antrag mit den vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen.

Erich Tschümperlin möchte im Namen der Grüne/glp-Fraktion der PUK für ihre Arbeit, die Aufarbeitung der Kostenüberschreitungen, danken. Ihnen ist klar, dass man als Milizparlament mit solchen zusätzlichen, und grossmehrheitlich unbezahlten Arbeitseinsätzen an seine Grenzen stösst. Auch möchte er an dieser Stelle Dr. Thomas Willi für seine detaillierte Analyse der Kostenüberschreitungen danken. Dieser Bericht hat der PUK den Einstieg in die Materie massiv vereinfacht und ihre Arbeit beschleunigt. Zudem war seine fachliche Unterstützung der PUK ein entscheidender Faktor für deren Erfolg. Und sie sind sehr positiv über den umfangreichen Untersuchungsbericht von Ernst & Young überrascht. Sie haben eine ausserordentlich detaillierte Analyse zu den Fragen der PUK abgeliefert und dies trotz begrenzter Mittel und in sehr kurzer Zeit. Sie haben sich sowohl in den kantonalen und kommunalen Gesetzen eingearbeitet, als auch verschiedenste Sitzungsprotokolle, B+A's, Projekt Reportings, etc. durchgelesen und Interviews mit Beteiligten durchgeführt. Es wurde eine grosse Menge an Unterlagen verarbeitet. Dies sieht man besonders gut, wenn man die Kapitel 3 und 4 im Bericht durchliest. Es lohnt sich diese Berichte zu lesen. Wenn es um die Gesundung der Finanzen geht, ist nicht nur die Finanzstrategie wichtig, sondern auch die Verbesserungen, die man aufgrund der Berichte umzusetzen muss. Diese Mängel haben Kriens bekanntermassen Millionen gekostet, und zwar nicht nur bei diesen Projekten. Wie man bei den kürzlich behandelten Bauabrechnungen Kirchbühl und Brunnmatt gesehen hat, handelte es sich dort um ähnliche Mängel, die zu Mehrkosten führten. Hier hat man es jedoch mit einer ganzen Palette von Versäumnissen, Mängeln und auch Unfähigkeit zu tun. An dieser Stelle möchte er einige erwähnen ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Die Kostenschätzungen bei der Planung waren vielfach ungenügend. Andererseits wurde die Kostenschätzung aus politischen

Gründen gedrückt. Beim Schappe Süd wurden die Kosten um Fr. 1.1 Millionen Franken (Ernst & Young, Seite 19) reduziert und auf eine niederschwellige Umsetzung verwiesen. Eine Planung dafür existierte nicht. Bei der Umsetzung wurde dann wie ursprünglich geplant umgesetzt, teilweise gar mit höherem Standard (Ernst & Young, Seite 19 und 29), z. B. bei der Akustikdämmung der Konzerträume. Die Planung für das Kleinfeld war noch nicht ausgereift genug für einen Kreditantrag. Zudem führte der Zeitdruck zu zusätzlichen Kosten. Verpflichtungen im B+A wurden schlicht ignoriert und waren dem zuständigen Stadtrat nicht bekannt, wie z. B. Design to Cost im Kleinfeld (Ernst & Young, Seite 47). Dies hätte Kostenüberschreitungen verhindern sollen und wurde im B+A Kleinfeld auch so versprochen. Für Sondernutzungen wie dem Kleinfeld wurden bei der Budgetierung und Planung keine Fachplaner für Fussballstadien beigezogen. Der Schweizerische Fussballverband stellt Unterlagen und Anforderungen zur Planung von Stadien für die Challenge League zur Verfügung. Diese Unterlagen wurden jedoch nicht beigezogen. Zahlreiche für den Spielbetrieb essenzielle Positionen wurden beim Kreditantrag somit nicht berücksichtigt (Ernst & Young, Seite 19). Dies führte unweigerlich zu Mehrkosten. Beim Kleinfeld existieren keine Projektänderungsanträge, die durch die normalen Instanzen gingen. Ein aktives Nachtragsmanagement existierte nicht und Änderungen und deren Kostenfolgen sind kaum nachvollziehbar (Ernst & Young, Seite 33). Der Departementsleiter bewilligte für das Kleinfeld eine externe Begleitung für Fr. 93'000.00. Nachher summierten sich die monatlichen Kosten auf rund Fr. 200'000.00 an. Dies hätte der Gesamtstadtrat bewilligen müssen. Dasselbe gilt für Vorleistungen von rund Fr. 190'000.00. Diese wurden vom Departementsleiter ohne Bewilligung des Stadtrats verbucht. (Ernst & Young, Seite 24) Beides ist nicht gesetzeskonform. Erfolgte Vorleistungen wurden in Kreditanträgen nicht einkalkuliert und mussten anschliessend als Mehrkosten ausgewiesen werden. Diesen Fehler hatte man auch schon bei Abrechnungen von Schulhäusern festgestellt. Beim Zentrum Pilatus Innenausbau wurden Aufträge teilweise durch die Bauherren vergeben, die Informationen über die anfallenden Kosten jedoch nicht dem Architekten / Planer gemeldet (Ernst & Young, Seite 35). Der Abgleich zwischen Finanzbuchhaltung und Projekt Controlling erfolgte nicht regelmässig. Da Rechnungen ohne Wissen der externen Abrechnung an die Finanzbuchhaltung gingen, wurde auch bei diesen Projekten von vermeintlichen Reserven ausgegangen. Basierend darauf wurden gar Zusatzbestellungen ausgelöst. Kontrollmechanismen haben versagt. Die beiden 2. Zusatzkredite Zentrum (Nr. 216/2019) und Kleinfeld (Nr. 217/2019) wurden vom Einwohnerrat am 27. Juni 2019 abgelehnt. Trotzdem waren zu diesem Zeitpunkt bereits rund 1.5 Millionen Franken ausgegeben worden, ohne über einen Kredit zu verfügen, ohne gesetzliche Grundlage. Dies ist gemäss HRM2 verboten. Damit sich solche Verstösse gegen HRM2 nicht wiederholen, braucht es auch eine starke Verwaltung, die in solchen Situationen den Stadtrat konfrontiert und gesetzeswidriges Handeln nicht akzeptiert. An dieser Stelle möchte er darauf hinweisen, dass dies auch ein FHHR nicht verhindert hätte. Wenn man Geld ausgibt, ohne über einen Kredit zu verfügen, dann braucht es andere Mechanismen in internen Prozessen. Das vierblättrige Kleeblatt wurde dem Volk als Ganzes vorgelegt und von ihm auch bewilligt. Aus heutiger Perspektive hätte man die vier Projekte aber separat rapportieren sollen. Die vier Projekte wurden immer zusammen abgerechnet und Einsparungen in andere Projekte verschoben. Diese Vermischung macht die Betrachtung der einzelnen Projekte schwierig. Das Zentrum konnte anfänglich seine Mehrkosten mit Hilfe des guten Abschlusses bei der Feuerwehr und dem Werkhof kaschieren. An dieser Stelle muss man auch erwähnen, dass Mehrkosten nicht Gott gegeben sind: Die Feuerwehr und der Werkhof im Eichenspes hat der zuständige Stadtrat rund eine Millionen Franken unter dem Budget abgeschlossen. Diese Reserven wurden dann von den anderen Projekten aufgefressen. In diesem Zusammenhang muss man auch die versteckten Kosten der einzelnen Projekte anschauen. Mindestens beim nicht bewilligten 2. Zusatzkredit Zentrum wurden einzelne Positionen nachher über die laufende Rechnung realisiert. Er kommt in der Detailberatung darauf zurück. Der Abschlussbericht von Ernst & Young zeigt auf und fasst zusammen was alles falsch gelaufen ist. Natürlich muss man nach vorne schauen, wie das der Stadtrat in seiner Stellungnahme schreibt. Aber man darf die Augen auch nicht vor den Fehlern der Vergangenheit verschliessen. So lernt man Abläufe zu identifizieren, die zu den Kostenüberschreitungen geführt haben. Nur so kann daraus gelernt werden und sich auch wirklich verbessern. Auch muss man die Fehler auch innerhalb der Organisation klar und schonungslos identifizieren. Wenn man nicht genau hinschaut wo die Fehler begangen wurden, dann kann man auch nicht am richtigen Ort ansetzen. Es reicht also nicht, wenn man hier vom Stadtrat spricht, sondern man muss von den zuständigen Stadträten und deren Departementen sprechen. Nach dem Studium des

Berichts hat man zwei Departemente identifiziert. Das Baudepartement hat bei der Vorbereitung der Vorlagen die Kosten teilweise massiv unterschätzt. Die Immobilienabteilung hat beim Projektmanagement, beim Projekt- und Kosten-Controlling versagt, bei der Umsetzung den Überblick über die vereinbarten und umgesetzten Arbeiten verloren. Zudem hat der zuständige Stadtrat zusätzliche Arbeiten ohne gesetzliche Grundlage ausführen lassen. Beim 2. Nachtragskredit für das Zentrum Pilatus waren Arbeiten bereits vergeben oder ausgeführt. Oder es wurden zusätzliche Arbeiten vergeben, weil man von vermeintlichen Reserven ausging. Beides ist nicht gesetzeskonform. Und es wurden Arbeiten in Angriff genommen, obwohl die Planung noch nicht die nötige Reife hatte. Folgende Verbesserungen sind nötig damit die beschriebenen Fehler in Zukunft möglichst nicht mehr passieren. Es braucht die Ansicht des Rates um für Projekte ein integriertes Auftragsmanagement-System zu haben, welches bereits bei der Auftragsvergabe überprüft werden soll, ob Kredite vorhanden sind. Zudem sind Kompetenzen nur bei der Rechnungsfreigabe hinterlegt, jedoch nicht bei der Auftragserteilung. Und es braucht für Projekte ein integriertes Nachtragsmanagement. Das Kosten-Controlling für Projekte muss besser mit der Finanzbuchhaltung verbunden werden. Es braucht einen systemischen Abgleich zwischen Finanzbuchhaltung und externer Abrechnung oder dem Projekt-Controlling. Ein ganz wichtiger Punkt ist jedoch folgender. Das Silodenken in den Departementen und der Verwaltung muss aufgebrochen werden. Wenn jeder nur für sich schaut, dann werden sich solche Fehler wiederholen. Es ist dieses veraltete Führungsmuster mit fünf Königreichen, dass dieses Desaster mit begünstigt hat. Der neue Stadtrat muss, wie in der Departements-Reform beschlossen, als gesamtheitlich strategisches Gremium zusammenarbeiten. Der Einwohnerrat hat die Aufgabe sicherzustellen, dass in Zukunft keine abgeschotteten Königreiche mehr entstehen, wie dies, z.B. beim Finanzdepartement der Fall war. Es braucht den kritischen Blick über den eigenen Tellerrand hinaus. Natürlich bedeutet dies, dass man sich gegenseitig kritisch einbringt und sich erklären muss. Das ist nicht nur angenehm, sondern steigert auch die Qualität auf allen Ebenen. Zur Stellungnahme des Stadtrats zum Untersuchungsbericht Ernst & Young. Der Stadtrat bemängelt hauptsächlich zwei Punkte, mit denen er nicht einverstanden ist. Und er listet Massnahmen auf, die teilweise sehr allgemein gehalten sind. Die Stellungnahme des Stadtrates irritiert die Fraktion sehr, da er keine Würdigung des Berichts vornimmt. Er nimmt zu den vorgeschlagenen Massnahmen keine Stellung, identifiziert keine Mängel, sondern meldet nur seine Zweifel an der Beurteilung zweier relativ nebensächlicher Punkte an. Es liest sich wie eine Rechtfertigung, statt das Verbesserungspotential aufzugreifen. Der Bericht zeigt detailliert Schwachstellen und mögliche Massnahmen auf, die dem Stadtrat in Zukunft Ärger und Probleme ersparen könnten. Die Grüne/glp-Fraktion hätte sich hier etwas frischen Wind gewünscht, stattdessen herrscht Windstille. Auch sind sie der Ansicht, dass die Einheit der Materie verletzt wurde. Dies haben sie bereits bei den Zusatzkrediten bemängelt. Die Parkplätze sind und waren für das Kleinfeld und vor allem für das Trainingscenter von grosser Bedeutung. So steht denn auch im 2. Zusatzkredit Kleinfeld (B+A Nr. 217/2019) auf Seite 7: «Die Sammelstelle wurde termingerecht auf den Zeitpunkt der Fertigstellung des Sportzentrums in Betrieb genommen». Und der Stadtrat seinerseits hat am 21. Februar 2018 mit dem Vergabeentscheid festgestellt, dass mit dem Trainingscenter eine technische Lösung gefunden wurde mit Schranke und Gratisparkplätzen (Seite 51). Es gab sehr wohl einen Zusammenhang. Der Hinweis des Stadtrats, dass dies von einer Abteilung umgesetzt wurde, welche in keinem Zusammenhang mit dem Kleinfeld stand, ist wohl keine ernst gemeinte Begründung. Wie man in der Vorbereitung feststellen konnte, sind auch andere Parteien der Ansicht, dass bei der Parkierung und Unterflursammelstelle die Einheit der Materie verletzt wurde. Vor diesem Hintergrund wäre ein sensibleres Vorgehen des Stadtrats in Zukunft sicher ratsam. Wenn sich das Parlament übergangen fühlt, ist dies keine gute Ausgangslage für eine konstruktive Zusammenarbeit. Die Fraktion ist der Meinung, dass der Stadtrat im Zweifelsfall eine juristische Zweitmeinung einholen sollte. Zum Antrag der KFG. Sie begrüssen den Antrag der KFG, dass diese die Aufarbeitung der Mängel begleiten will. Dies garantiert eine systematische Analyse der Mängel und nachvollziehbare Verbesserungsmassnahmen. In der Stellungnahme des Stadtrats finden sie auf Seite 2 eine Liste mit Massnahmen, die keinen Aufschluss geben, was wirklich gemacht wurde. Aussagen wie «Periodischer Abgleich durchführen» oder «Durchsetzen der Kompetenzregelung» sagen nichts aus. Man erfährt weder wo, noch wie dies umgesetzt wurde. Diese Liste berücksichtigt wesentliche Erkenntnisse des Berichts nicht. Die detaillierte Analyse und der grosse Aufwand, den die Mitglieder der PUK geleistet haben, rechtfertigten, dass der Stadtrat sich und der KFG Rechenschaft ablegt über die notwendigen Verbesserungen. Dies ist eine einmalige

Gelegenheit für den Stadtrat und die Verwaltung einen Schritt hin zu einer robusteren und professionelleren Organisation zu machen. Die Grüne/glp-Fraktion ist der Ansicht, dass sich die Arbeit der PUK mehr als gelohnt hat. Wenn dann noch die Frage nach Kosten / Nutzen im Raum steht, finden sie, dass es sich mehr als gelohnt haben. Wenn man diese Fr. 100'000.00 schon früher investiert hätten, hätten man einige Millionen Mehrkosten verhindern können. Es ist eine Investition in unsere Zukunft. Die Grüne/glp-Fraktion stimmt dem B+A zu.

Räto Camenisch ist beeindruckt von der detaillierten Erklärung von Erich Tschümperlin. Die SVP-Fraktion dankt für die grandiose Arbeit, mit welcher man sich selber begrenzen wollte. Es ist das erste Mal in der Krienser Geschichte, dass eine solche PUK eingesetzt wurde. Man hat gemerkt, dass es viele Kostenüberschreitungen gibt, in den Abrechnungen sind diverse Auffälligkeiten aufgefallen und der Einwohnerrat musste Nachtragskredite ablehnen. Daraufhin hat man die PUK eingesetzt und dies war ein riesen Erfolg. Man hat die Fehler gehört und auch aufgelistet. Das Fazit aus sich der SVP-Fraktion ist, dass die politische Führung und die Verwaltung eindeutig überfordert waren. Das Resultat liegt nun im Bericht vor. Man hat auch Lehren daraus gezogen, wie zum Beispiel das Risikomanagement und Projektmanagement. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu. Das Ziel hat die PUK definitiv erreicht und der Betrag von ca. Fr. 100'000.00 ist sicher gut investiert. Man hat die Sünder gesucht und diese ein wenig verschont. Die SVP-Fraktion wird eintreten und dem B+A zustimmen.

Daniel Rösch stellt fest, dass es an der Einwohnerratssitzung vom September 2019 es unter grossem medialem Rummel zu einer denkwürdigen Premiere kam. Zum ersten Mal hat damals das Parlament die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission beschlossen. Der Unmut über die Kostenüberschreitungen beim Sportzentrum Kleinfeld sowie bei den Zentrumsbauten war und ist auch teilweise heute noch gross. Die FDP-Fraktion stimmte damals mehrheitlich der Einsetzung einer PUK zu, mit der Absicht die Ursachen für die Überschreitungen zu lokalisieren und entsprechende Massnahmen einzuleiten. Heute, rund anderthalb Jahre später, liegt dem Rat nun der Bericht der PUK vor. Dieser kommt fast schon etwas nüchtern daher, was sie jedoch positiv bewerten. Der Bericht zielt nicht auf Einzelpersonen ab, sondern die Thematik der Kostenüberschreitungen wird faktenbasiert auf einer hohen Flugebene aufgearbeitet. Die Resultate des Berichts überraschen jedoch nicht. Es kommt vieles zum Vorschein, was auch schon bei den vergangenen Bauabrechnungen bemängelt und festgestellt wurde, wie beispielsweise ineffektive Kontrollmechanismen, Tätigung von Ausgaben, obwohl der Kredit schon aufgebraucht ist und sich ändernde Projektanforderungen während des Projektes. Hinter den Empfehlungen des PUK-Berichtes können daher allesamt stehen. Einen Teil dieser Empfehlungen hat man in der Vergangenheit schon mehrmals auf politischen Weg versucht einzubringen, wie beispielsweise die Einführung eines Finanzhaushaltreglements. Es befremdet sie jedoch sehr, dass der Stadtrat aufgrund der heutigen Budgetfestsetzung des Regierungsrates die Einführung dieses Reglements in Frage stellt. Dass der Stadtrat und die Verwaltung in der Vergangenheit Probleme mit der Handhabung des FHGG hatte, ist allgemein bekannt und konnte auch immer wieder gut beobachtet werden. Es wäre sicherlich noch prüfenswert gewesen, wie in dieser Thematik der Stadtrat in der Vergangenheit rechtlich beraten wurde bzw. wird. Ihres Erachtens zeigt der Bericht aber auch auf, dass die heutige Ausgabenkompetenz des Stadtrates von rund 2.6 Millionen Franken zu hoch angesetzt ist. Hier sehen sie noch entsprechenden Handlungsbedarf und haben daher heute auch eine entsprechende Motion eingegeben, damit man diese grosszügigen Ausgabenkompetenz nach unten korrigieren kann. Der Stadtrat argumentiert, dass ein Grossteil der PUK-Empfehlungen schon umgesetzt sind bzw. sich in der Umsetzung befinden. Dieses Resümee enttäuscht sie, denn sie hätten sich seitens des Stadtrates eine kritischere Auseinandersetzung mit den Erkenntnissen des Berichts gewünscht. Der Stadtrat erweckt den Eindruck, dass er zu allen Erkenntnissen schon entsprechende Massnahmen eingeleitet hat. Ihrer Meinung nach täuscht dieser Eindruck. Zudem geht es nicht nur darum Massnahmen zu treffen, sondern diese auch entsprechend zu leben. Schlussendlich geht es darum aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen, damit sich diese nicht wiederholen. Erstaunt sind sie aber über die Aussage des Stadtrates bzw. den unterschweligen Vorwurf an Adresse des Einwohnerrates, dass dieser nicht genügend Personalressourcen sowie entsprechende finanzielle Mittel verabschiedet haben soll. Zu einem

erstellt ja der Stadtrat entsprechende Budgetvorschläge und zum anderen wurden diese in den letzten paar Jahren von einem Grossteil des Parlamentes durchgewunken. Dasselbe ist auch bei den Personalressourcen so. Allenfalls lässt sich der Unmut des Stadtrates über die Personalressourcen mit Paradigmenwechsel überwinden. Vielleicht sollte man zukünftig einen SOLL-Stellenplan verabschieden, innerhalb welchem der Stadtrat den effektiven IST-Stellenbedarf selbst bestimmen kann, ohne jedoch den SOLL-Plan ohne Zustimmung des Parlamentes zu überschreiten. Dies als kleiner Gedankenanstoss. Zum Schluss noch ein Appell an den Gesamtstadtrat. Im Bericht ist unter anderem zu entnehmen, dass Spannungen sowie Diskrepanzen im damaligen Gesamtstadtrat zu Kommunikationsschwierigkeiten führten. Dieser Eindruck erhärtet sich auch, wenn man bedenkt, dass es dem damaligen Stadtrat nicht gelungen ist, eine gemeinsame Stellungnahme zum PUK-Bericht abzugeben. Wie man exemplarisch sehen konnte, kommen Spannungen und Diskrepanzen innerhalb der Exekutive der Allgemeinheit teuer zu stehen. Der Stadtrat sollte dies immer im Hinterkopf behalten. Die FDP-Fraktion tritt ein und stimmt dem B+A zu. Sie danken auch allen Mitgliedern der PUK und anderen Beteiligten für ihre wertvolle Arbeit. Sie sind sich bewusst, dass für diese Milizarbeit auch viel Freizeit geopfert und erachten daher den Einsatz als nicht selbstverständlich.

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler nimmt die CVP/JCVP-Fraktion den Abschlussbericht PUK zu den Kostenüberschreitungen Zentrum Pilatus, Schappe Süd und Sportzentrum Kleinfeld zur Kenntnis, die Stellungnahmen der ehemaligen Stadträte und der Stadträtin, sowie des neuen Stadtrates und dankt den Mitgliedern der PUK für ihre Arbeit. Der Einzelkommentar des ehemaligen Stadtpräsidenten ist für sie jedoch etwas befremdlich. Am 9. Februar 2014 sagte das Krienser Stimmvolk «Ja» zur vierteiligen Zentrumsüberbauung und somit zum Baukredit von Fr. 61'370'000.00. Im Jahresbericht 2020 ist das ausgewiesene Kosten-Total bei Fr. 66'355'342.00 und fällt somit 8.12 % höher aus als budgetiert, jedoch immer noch im Soll der üblichen plus/minus 10 % Kostenschwankungen bei Bauprojekten. Als erstes stellen sie klar fest, dass das Zentrumsprojekt ein äusserst gelungenes Werk ist, welches sich absolut sehen lassen darf. Das Feuerwehr- und Werkhofgebäude, das Schappe Kulturquadrat, mit der Musikschule, dem Schappesaal mit Foyer, dem Probesaal, der Jugendanimation, den Ateliers und der Galerie haben sich bereits bestens etabliert und ohne Corona wäre dort noch viel mehr «Leben» eingekehrt. Ebenso ist das Stadthaus eine absolut stimmige, zugängliche und für die Bevölkerung grosse Erleichterung und Bereicherung, bei welchem alle Dienstleistungen in einem Gebäude zur Verfügung stehen. Man hat bereits ein paar Voten zum PUK-Bericht gehört und auch die CVP/JCVP-Fraktion hat sich intensiv mit diesem auseinandergesetzt. Er zeigt auf, dass Fehler durch nicht ausgereifte Bauprojekte, schlechte Planungen, fehlende personelle Ressourcen, mangelnde Kontrollsysteme und den Übergang von HRM1 zu HRM2 passiert sind. Was ebenso aus dem Bericht hervorgeht, dass keinerlei persönliche Bereicherungen, oder Eigennutz festgestellt wurden. Dass alle Zusatzbestellungen auch einen Mehrwert generierten. Ebenso darf berücksichtigt werden, dass die Stadtverwaltung durch den Wegfall des Mieters «Polizei» zwar viel zusätzlichen, willkommenen Raum zur Verfügung erhielt, doch dieser musste ebenfalls unter Zusatzkosten geplant und eingerichtet werden. Des Weiteren wurden, wie schon erwähnt, Mitarbeiter in leitenden Funktionen ausgewechselt, teilweise mit Doppelmandaten beauftragt, oder sie kündigten ihr Arbeitsverhältnis während der Bauphase. Auch dies waren sicher keine optimalen Voraussetzungen für dieses Bauvorhaben. Genauso wie die Departementsreform, welche ebenfalls in diesen Zeitraum fiel. Womit die CVP/JCVP-Fraktion jedoch grosse Mühe bekundet, dass beim Projekt Kleinfeld im Bericht der Ernst & Young AG bei der Unterflursammelstelle, sowie dem Parkplatzumbau die «Einheit der Materie» verletzt worden seien. Das sehen sie absolut nicht so. Eine Unterflursammelstelle hat rein gar nichts mit einem Sportclub zu tun, sondern dient der gesamten Bevölkerung. Man darf hier aber von synergistischem Planen sprechen, da wenn schon gebaut wurde, diese Unterflursammelstelle auch im gleichen Wisch verwirklicht wurde. Ebenso beim Umbau des Parkplatzes. Dieser wird genauso von den Besuchern des Parkbades genutzt, wie auch von jenen des Sportstadions. Auch hier waren Anpassungen notwendig und wurden zum richtigen Zeitpunkt umgesetzt. Im geltendem PP Reglement ist unter Art. 2 aufgeführt, dass die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund für die Erstellung, Erhaltung, sowie den Unterhalt von öffentlichen Abstell- und Verkehrsflächen zu verwenden seien. Somit kann auch hier festgehalten werden, dass diese Umbauten aus der Bauabrechnung des Kleinfelds herausgehalten werden können und auch da keine Verletzung

der Einheit der Materie besteht. Die CVP/JCVP-Fraktion hält fest, dass Fehler gemacht wurden und Kriens mit seinen personellen Ressourcen nicht bereit für ein Projekt dieser Grössenordnung war. Die Finanzbuchhaltung und Bauabrechnung waren nicht aufeinander abgestimmt, und das Controlling ist ganz klar zu verbessern. In vielen Bereichen wurden Fehler erkannt und deren Aufarbeitung bereits in Angriff genommen. Leider fehlen zu diesem Zeitpunkt die definitiven Bauabrechnungen, trotzdem hoffen sie, dass mit diesem Bericht nun ein Schlusstrich gezogen werden kann. Sie freuen sich auf den Blick in die Zukunft, bei welchem «aus alten Fehlern» gelernt und dem neuen Stadtrat eine gute Lehre weitergegeben werden kann. Die Fraktion unterstützt den Antrag der KFG.

Bettina Gomer-Beacco dankt all jenen, welche mit harter Arbeit zum Ergebnis dieser PUK beigetragen haben. SP-Fraktion ist für Eintreten und nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis, wenn auch der Grund dazu natürlich sehr negativ behaftet ist. Die ganze Sache findet sie äusserst schwierig. Es geht um viel Geld und um Missverständnisse, um Überforderung und nicht zuletzt um Menschen und ihre Schwächen. Als sie diesen PUK-Bericht gelesen hat kam ihr folgendes Zitat von Else Pannek in den Sinn «Menschen die sich gerne überschätzen richten ihr Chaos an wie ein kaltes Buffet». Die Fakten weisen insgesamt darauf hin, dass die Stadt Kriens mit der Baubegleitung überfordert war. Auch darum, weil das riesige Zentrumprojekt und das Hochgeschwindigkeitsprojekt Kleinfeld mit dem Fachpersonal fürs normale Tagesgeschäft hätten erledigt werden sollen. Das ist eigentlich gar nicht möglich. Es haben also erfahrene Berufsleute gefehlt oder haben gekündigt und mussten zuerst ersetzt werden. Mit solchen Überlastungen werden Krankheitsausfälle praktisch provoziert. Mit diesen schlussendlich zu knappen Ressourcen eine sinnvolle Baubegleitung überhaupt zu ermöglichen, war trotz den Kostenüberschreitungen eine grosse Leistung. Bei den Personalressourcen hätte auch der Einwohnerrat, insbesondere die KFG früher reagieren müssen. Schliesslich gehören zu jedem Projekt auch passende Mittel, welche von Anfang an einkalkuliert werden. Ohne diese Ressourcen sind viele Fehler und daher auch Kostenüberschreitungen vorprogrammiert. Die KFG ist am Controlling nicht beteiligt gewesen und konnte so auch gar nicht eingreifen. Das Grossprojekt ist für die Protagonisten zu gross gewesen. Personalressourcen fehlten, besonders jene mit Erfahrung. Im Bericht geht man davon aus, dass es evtl. besser gewesen wäre, die Projekte in Teilprojekte zu spalten, um die Übersicht und vor allem auch die Kosten im Blick zu behalten. Sie fragt sich dann aber, wäre ein Projekt zum Schluss wegen fehlender Finanzen liegen geblieben oder hätte ein Mauerblümchen-Dasein gefristet? Hätte man heute neben dem Stadthaus und dem Kleinfeld auch noch ein spannendes Kulturquadrat? Vielleicht ist diese Entscheidung der gemeinsamen Realisation also eine gute Entscheidung gewesen. Natürlich würde man gerne Schuldige finden und heranziehen, was nicht möglich ist, weil das Projekt über mehrere Jahre und mehrere Gemeinderäte und Einwohnerräte gelaufen ist. Es scheint mir aber schon, man hat nicht nur Kriens ein schöneres und urbaneres Gesicht geben wollten, sondern sich selbst auch ein Denkmal gesetzt, daraus ist nun ein «Denk – mal» geworden. Wenn man schlau ist, lernt man aus seinen Fehlern, noch Gescheiterte auch aus Fehlern von anderen. In diesem Sinn wird bereits einiges aus dem Bericht umgesetzt - das ist nicht selbstverständlich und zeigt doch auch, dass man/frau nicht lernresistent ist.

Christine Kaufmann-Wolf dankt der PUK für die Aufarbeitung der beiden Berichte. Wie der Stadtrat bereits in seiner Stellungnahme dargestellt hat, möchte der aktuelle Stadtrat seine Vorgänger nicht verurteilen. Sie möchten aus den Vorkommnissen lernen und in Zukunft richtig vorgehen. Die Stellungnahme ist auch keine Rechtfertigung, sondern einfach eine Stellungnahme. Der Bericht zeigt Probleme auf und schafft Erkenntnisse. So wurden folgende Punkte aufgezeigt. Durch die frühe Planung war das Projekt zu wenig ausgereift. Evtl. wurde auch eine zu günstige Variante dem Einwohnerrat vorgelegt. Etliche nachträglichen Projektanpassungen und Betriebsoptimierungen sind ausgeführt worden. Man hatte Wünsche von diversen Anspruchsgruppen. Ein grosses Problem war die Kostenkontrolle. Mehrmals wurde auch erwähnt, dass die Ressourcen knapp waren, man überfordert war und auch das Controlling ein Problem war. Dem Stadtrat ist bewusst, dass wenn man wieder solche hohe Anzahl von gleichzeitigen Projekten hat, man an den Einwohnerrat gelangt und nach mehr Personalressourcen

oder finanziellen Ressourcen fragt. Im Bericht werden auch Empfehlungen aufgelistet. Einige Empfehlungen wurden bereits umgesetzt oder man ist gerade daran diese umzusetzen. Einige sagten, dass die Einheit der Materie verletzt wurde und andere sagten, dass diese nicht verletzt wurden. Auch der aktuelle Stadtrat sagt, dass sie nicht verletzt wurden. Wer schlussendlich recht hat, wird man heute nicht herausfinden. Sie möchte betonen, dass sich keine Person daraus bereichert hat. Alle Mehrleistungen haben auch einen Mehrwert gegeben. Die Lehre daraus ist, dass aus Fehlern gelernt werden muss. Der Antrag seitens der KFG möchte der Stadtrat unterstützen.

Laut Beat Tanner hat die Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 19. Juni 2019 die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) aufgrund der Bericht und Anträge zu den Zusatzkrediten im Zusammenhang mit dem Gesamtprojekt «Zukunft Kriens – Leben im Zentrum» sowie dem Bauprojekt Aussenanlagen Sportzentrum Kleinfeld beantragt. Der Einwohnerrat hat am 26. September 2019 einstimmig dem Antrag zur Einsetzung einer PUK zugestimmt, die Mitglieder gewählt und das Pflichtenheft festgesetzt. Weiter wurde vom Einwohnerrat mit dem Bericht und Antrag Nr. 233/19 Aufgaben und Finanzplan (AFP) 2020 – 2024 mit Budget 2020 eine Finanzierung von Fr. 80'000.00 als Budgetkredit ins Budget aufgenommen, dies für eine externe Unterstützung. Die PUK hat dann unter der Führung des Präsidenten Erich Tschümperlin an der ersten Sitzung am 6. November 2019 ihre Arbeit aufgenommen. Juristisch wurde die PUK von Dr. Thomas Willi begleitet, welcher auch die ersten Untersuchungen im Auftrag des Stadtrates vorgenommen hat. Da der Stadtschreiber für die juristischen Fragen nicht zur Verfügung stand, wurden nach Rücksprache mit dem Stadtpräsidenten Cyrill Wiget die Kosten für die Beratung der PUK über die Ausgabenbewilligung und das Budget im Stadtrat betreffend Untersuchung abgerechnet. Zuerst hat sich die PUK mit dem Bericht «Externe Untersuchung Kostenüberschreitungen Zentrumsprojekt und Kleinfeld / Phase 1» Dr. Thomas Willi auseinandergesetzt. Thomas Willi hat den Bericht vorgestellt und der PUK diverse Fragen dazu beantwortet. Danach hat die PUK Fragen und Themenbereiche definiert, welche genauer untersucht werden sollen. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Mittel mussten die Fragen priorisiert werden und es konnte nicht der volle und wünschbare Umfang erfragt werden. Da die PUK diese Untersuchung nicht ohne externe Unterstützung durchführen konnte, wurde an ausgewählte Büros eine Einladung für eine Offerte gestellt. Für die Auftragsvergabe war der PUK sehr wichtig, dass ausgeprägte Kenntnisse im Bereich öffentliches Recht, Kenntnisse über Bauprojekte im öffentlichen Sektor und Kenntnisse von IKS Abläufen vorhanden sind. Daneben war auch der Preis ein wichtiges Kriterium, um den gesprochenen Kredit für die externe Untersuchung einzuhalten. Nach Erstellung des Fragekatalogs wurde bei vier Büros eine Offerte für die Untersuchung eingeholt. Es stellte sich heraus, dass eine Firma bereits bei der Vorbereitung des Kleinfeldprojekts involviert war. Nach dieser Rückmeldung hat die PUK auf eine Offerte verzichtet. Daraufhin wurde noch zusätzlich bei einer Firma eine Offerte eingeholt. Zwei Firmen haben mangels Personalressourcen und eine Firma hat aufgrund des tiefen Kostendachs von 80'000.00 auf eine Offerte verzichtet. Einzig Ernst & Young hat dann eine Offerte eingereicht, welche der PUK entsprochen hat. Es stellte sich bei den Offert-Anfragen heraus, dass die bewilligten Kosten von Fr. 80'000.00 sehr tief festgelegt worden sind und für eine vertiefte Untersuchung nicht genügen. Dies ist sicher auch für allfällig künftige Projekte zu berücksichtigen. Mit der Firma Ernst & Young hat die PUK dann ein renommiertes Büro mit den geforderten Erfahrungen gefunden. Auch Ernst & Young hat die PUK darauf hingewiesen, dass das Kostendach sehr knapp ist. Offertiert wurde die Berichterstattung als Kurzbericht, in welchem die einzelnen Fragestellungen der PUK beantwortet worden sind. Hingegen wurden die Antworten nicht weiter vertieft. Am 14. Mai 2020 fand zusammen mit der PUK ein Kick-off Meeting statt. Die PUK hat der Ernst & Young einen kurzen Überblick über die Projekte «Zukunft Kriens – Leben im Zentrum» und «Aussenanlagen Sportzentrum Kleinfeld» verschafft. Die Ernst & Young hat der PUK einen optimalen Zeitplan vorgelegt, welcher ein sehr straffes Zeitfenster ausgewiesen hat. Die Prüfungsarbeiten fanden vom 15. Mai 2020 bis und mit 3. August 2020 statt. Die Ergebnisse der Untersuchung wurde der PUK am 10. August 2020 anlässlich einer Sitzung vorgestellt. Danach wurde der Bericht finalisiert und von der PUK an der Sitzung vom 31. August 2020 zur Kenntnis genommen. Mit Schreiben vom 17. Juni 2020 teilte der Stadtrat mit, dass er festgestellt hat, dass für den zu untersuchenden Teil «Zukunft Kriens – Leben im Zentrum» für Erich

Tschümperlin und Cla Büchi ein Ausstands Grund vorliegt. Beide hatten Einsitz in der Zentrumskommission, welche in gleicher Sache tätig war. Die PUK war der Meinung, dass dieser Brief sowie die Aufforderung sehr spät kommen. Man hätte zu Beginn der Untersuchung darüber informieren müssen. Dass dies erst so spät zur Sprache kommt, befremdete die PUK. Mit den Erneuerungswahlen im Einwohnerrat wurden auch Änderungen in der PUK nötig, da ein Mitglied Stadtrat wurde, zwei Mitglieder nicht wiedergewählt worden sind und der Präsident aus Sicht des Stadtrates einen Ausstands Grund hatte. Für die weitere Arbeit wurden dann neue PUK-Mitglieder gewählt und das einzig bisherige Mitglied Beat Tanner zum Präsidenten gewählt. Nun galt es alle Mitglieder wieder auf den aktuellen Stand zu bringen um die Arbeiten zügig fortzusetzen. Danach ging die PUK an die Arbeit einen Bericht und Antrag zu erstellen, welcher nun vorliegt. Insgesamt hat die PUK 15 Sitzungen abgehalten. Unzähligen Stunden mussten die Mitglieder mit recherchieren, definieren von Fragestellungen und Lesen usw. aufwenden. Für diese Arbeit dankt er den PUK-Mitgliedern ganz herzlich, dass sie so viel Freizeit für diese Untersuchung zur Verfügung gestellt haben. Das Klima an den Sitzungen war jederzeit sehr sachlich, zielorientiert und nie parteipolitisch geprägt. Hingegen war die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Verwaltung nicht immer ohne Zwischentöne. Zynische Stimmen gab es zu den Kosten der PUK, plötzlich wurden zu den Kosten Sitzungszimmermieten verrechnet, Mitarbeitende mussten auf Anweisung des Stadtrates die zeitlichen Aufwände für die PUK erfassen, mit der Absicht aufzuzeigen, dass die Kosten selber nicht eingehalten werden. Auch das Engagement von Thomas Willi und deren Kosten, wurde kritisch beurteilt. Er weist darauf hin, dass das Parlament die PUK für die Untersuchung direkt eingesetzt hat. Auch der verspätete Brief zum Ausstands Grund war schwierig. Nun kommt er zu den Schlussfolgerungen zum Bericht. Einige werden sehr enttäuscht vom Bericht sein und hätten mehr erwartet. Ja, es hätten einige Fragen sicher noch tiefer abgeklärt werden können und es hätten sich noch weitere Aufschlüsse zu den Verantwortlichkeiten gegeben. Grundsätzlich ist die politische Führung aber verantwortlich. Da bei den Erneuerungswahlen sämtliche bisherigen Stadträtin und Stadträte abgewählt wurden, lag der Fokus auf einer zukunftsgerichtete Sichtweise. Eine weitere Vertiefung der Untersuchung hätte einiges mehr gekostet und hätte bei dieser Ausgangslage wohl kaum viel weitergebracht. «Lernen aus Fehlern». Diesen Ansatz verfolgte die Parlamentarische Untersuchungskommission. Eine fehlende Verknüpfung von Prozessabläufen in der Abwicklung von Bauprojekten und der politischen Führung, kein internes Kontrollsystem, eine unvollständige Planung, Kompetenzüberschreitungen im Kredit- und Ausgabenrecht und zu geringe personelle Ressourcen. Das waren die Hauptursachen für die Kostenüberschreitungen bei den Krienser Zentrumsprojekten. Die PUK hat nicht untersucht, ob strafrechtliche Tatbestände vorliegen. Folgende Empfehlungen hat die PUK zuhanden der zuständigen Organe ausgesprochen und empfiehlt, dass die Umsetzung dieser Massnahmen durch die KFG eng begleitet wird. Verwaltungsintern sollen für die Realisierung von Bauprojekten die organisatorischen und administrativen Strukturen verbessert werden. Planung und Kontrolle sollen gestärkt werden. Dazu sollen heutige Kompetenzregelungen überprüft und auf die Auftragsvergabe ausgeweitet werden. Wer darf was, 4 Augenprinzip, ist das Ausgaben- und Kreditrecht eingehalten. Es sollen Massnahmen getroffen werden, die für grössere Bauprojekte ausreichende Ressourcen sicherstellen. Auf diesem Weg sollen Überforderung und Überlastung verhindert und das Vieraugen-Prinzip als Kontrollinstanz sichergestellt werden. Sie weisen darauf hin, dass der Stadtrat jederzeit die Möglichkeit hat, mittels einem Nachtragskredit zusätzliches Personal beim Einwohnerrat zu beantragen. Dies hat der Stadtrat nicht gemacht. Im Projekt «Zukunft Kriens – Leben im Zentrum» hatten Einwohnerrat und Stadtrat der Stimmbevölkerung ein Gesamtpaket unterbreitet. Aus heutiger Sicht empfiehlt die PUK, Projekte dieser Dimension als in sich geschlossene, logische Einheiten zu behandeln. Dies erleichtert die Transparenz und bietet Gewähr dafür, dass die «Einheit der Materie» auch eingehalten wird. Die Stadt soll gerade auch in der Zusammenarbeit mit Partnern ihre Strukturen im Kosten-Controlling verbessern. Ein laufender Abgleich zwischen Projektbuchhaltung der Immobilienabteilung bzw. Partnern und städtischer Finanzbuchhaltung ist sicherzustellen. Weiter sollen auch Verpflichtungen erfasst und kontrolliert werden, sodass man jederzeit weiss wo man mit den Kosten liegt. Die PUK fordert die konsequente Anwendung des Kredit- und Ausgabenrechts sowie die Einhaltung der Einheit der Materie. Neben der Einführung eines Finanzhaushaltsgesetzes sollen die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung gezielt für den Umgang mit dem Finanzhaushaltsgesetz geschult werden. Die PUK erwartet, dass vor allem die Schlüsselpersonen so geschult werden, dass der Einwohnerrat fehlerhafte Beschlusstexte nicht an der Ratssitzung korrigieren muss. Eine schematische Übersicht es

Ausgaben- und Kreditrechts hat die PUK im Bericht abgebildet. Auch mit dem alten Finanzrecht hat es für jede Ausgabe eine rechtliche Grundlage gebraucht. Er weist auch noch einmal darauf hin, dass für die Auslösung einer Verpflichtung alle drei Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Wichtig neu ist die Ausgabenbewilligung und die Finanzierung getrennt. Strukturen, Umfang und Art der Rechnungsrevision sollen überprüft werden. Insbesondere schlägt die PUK vor, dem Parlament als Kontrollinstanz bzw. dessen Kommissionen mehr Einflussmöglichkeiten zu gewähren. Auch haben sie sich gefragt, wieso die externe Revision nie etwas zu den Kostenüberschreitungen oder Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben bemängelt hat. Er gibt die Aufträge, was wird untersucht. Die externe Revision ist weit weg von der Verwaltung. Die PUK empfiehlt, dass die Stadt ein internes Kontrollsystem mit einem Risikomanagement gemäss kantonalen Vorgaben einführt. Mit der Einführung auf Papier ist es aber nicht getan. Es muss periodisch die Wirksamkeit und die Anwendung überprüft werden. Dies könnte auch eine Aufgabe einer Finanzaufsicht sein. Dass der frühere Stadtrat gewisse Entscheide, die man heute kritisch beurteilen, anders sieht, liegt in der Natur der Sache. Ihnen ging es mit dem PUK-Bericht ja auch nicht darum, jemanden an den Pranger zu stellen. Vielmehr wollten sie klären, was es für die Zukunft daraus zu lernen gibt. Zwei Hinweise aus den Rückmeldungen des alten Stadtrates ist ihnen wichtig zu erwähnen. An einigen Stellen hätte man eine etwas profundere Auseinandersetzung gewünscht. Und es ist richtig, dass die genauen nichtbewilligten Kreditüberschreitungen erst mit den Abrechnungen vorliegen werden. Es macht ein bisschen den Anschein, dass einige Rückmeldungen verwaltungsgesteuert sind. Insbesondere sind dies beim Grundsatz von der Einheit der Materie geriet der neue Stadtrat bereits in eine Verteidigungs- und Rechtfertigungsphase, anstatt die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Das finden sie sehr schade. Es ist für die Zukunft extrem wichtig, dass sorgfältig mit den Kompetenzen zwischen Einwohnerrat und Stadtrat umgegangen wird, um das neue Vertrauen nicht zu zerstören. Der Stadtrat meldet, dass im Baumanagement bereits Massnahmen umgesetzt wurden. Mit dem ist es aus Sicht wer PUK aber nicht getan. Es sollte auch die Wirksamkeit und die konsequente Umsetzung periodisch überprüft werden. Auch bei den Schulungen meldet der Stadtrat, dass Schulungen zum neuen FHGG und HRM2 bereits umgesetzt wurden. Aber offenbar waren dies nicht ganz zielführend, da durch den Einwohnerrat in der letzten Zeit verschiedene Beschlüsse formell anpassen musste. Die PUK wünscht sich eine enge Begleitung der KFG bei der Umsetzung der Empfehlungen und mehr Möglichkeiten spezifisch Kontrollen oder Revisionen in Teilbereichen in der Verwaltung anzuordnen. Wichtig ist, dass dies die KFG eigenständig beschliessen kann und den Stadtrat nur informieren muss. Auch für den Stadtrat sind solche Kontrollen von Vorteil, da er bei seinen Abteilungen nicht alles kontrollieren kann. Deswegen stellen sie auch die Empfehlung die Struktur der Revision zu hinterfragen.

Jörg Ziemssen dankt Erich Tschümperlin für die klaren und deutlichen Worte. Er hofft, dass der Rat gut zugehört hat. Er hofft auch, dass der Rat es verstanden hat. Er erlaubt sich auf eine Einwohnerratssitzung im letzten Jahr zurückzukommen und ein paar nennenswerte Äusserungen hervorzuheben. Patrick Koch betitelte den Einwohnerrat als Provinzparlament. Der KFG-Kommissionspräsident, Martin Zellweger, teilte mit, dass es die Herren Hätti und Wettli nicht gebe. Und der Stadtrat, Roger Erni dachte, dass er und Daniel Hofmeister sich einen gelben Bauhelm anziehen müssen, wenn sie hier vor dem Einwohnerrat bei der Präsentation der Bauabrechnungen für die Schulhäuser Kirchbühl und Brunnmatt auftreten. Roger Erni hat sich nicht getraut. Er brachte jedoch den Mut auf und tut es jetzt. Er hat heute bewusst einen gelben Bauhelm angezogen. Er steht hier als Einzelsprecher und stellvertretend für alle Krienserinnen und Krienser und vor allem für die Krienser Steuerzahler. Was mit diesen Unterlagen aufgrund des PUK-Berichtes auf einen herein prasselt, ist einfach unglaublich. Alle reden von vorwärtsschauen. Grundsätzlich ist dies richtig, wenn man die richtigen Lehren und Massnahmen für die Zukunft daraus zieht. Es ist aber auch wichtig zurückzublicken und nicht die Augen zu verschliessen. Es geht hier leider nicht um plus/minus 10 % bei Bauprojekten. Es geht um die Einhaltung von gesetzlichen Grundlagen. Als neuer Einwohnerrat greift er einige Punkte auf. Vielleicht ist sein Fazit etwas zu direkt. Aber man darf durchaus von Misswirtschaft sprechen. Er hat einige Abrechnungen der letzten Jahre aus diversen Berichten und Anträge herausgesucht (z. B. die Schulhäuser Feldmühle, Kirchbühl und Brunnmatt, das Schulhausmodul ex-Krauer und neu Roggern, die Neubauten

Stadthaus, Feuerwehr, Werkhof, Kultur-Quadrat, Kleinfeld, Städtebaukonzept Luzern Süd, die Rückstellungen für die alten Stadträte usw.). In diesem schwer navigierbaren Extranet-Tool hat er bestimmt ein paar Projekte und Zahlen nicht gefunden. Er wollte dem Rat das meistens zu viel ausgegebene Geld aus Krienser Stadt- und vormals Gemeindekasse anhand einer Grafik im Detail aufzeigen. Aber zu diesem Schritt hatte er keinen Mut. Es summierten sich zu viele Millionen von Mehrausgabe. Heute kämpft man mit den Finanzen und zwar um jeden einzelnen Franken. Der Kampf mit den Finanzen wäre heute bestimmt nicht so intensiv, hätte man in der Vergangenheit nicht über den finanziellen Verhältnissen gelebt. Was wäre heute in dieser Stadt alles möglich? Er findet viele erwähnte Punkte einfach unglaublich was hier zum Vorschein kommt. Er erwähnt hier nur ein paar wenige Mitteilungen. Im Zeitpunkt der Abstimmungen im Jahre 2013/14 hatten einige Bauprojekte noch nicht den vollen Bearbeitungsstand eines Bauprojekts nach SIA oder anders gesagt, falsche Kostenschätzungen. Es wurden Projektanpassungen mit zusätzlicher Flächenerweiterung vorgenommen oder anders gesagt, Wünsche umgesetzt. Leistungen sind bezogen oder bezahlt worden für welche der Stadtrat die Kompetenzen nicht hatte oder anders gesagt, der Einwohnerrat umgangen. Der Stadtrat hat seine Ausgabenkompetenzen überschritten oder anders gesagt, die gesetzlichen Grundlage missachtet. Er drückt sich ganz einfach aus. Man möchte dies in Zukunft nicht mehr erleben. Er dankt allen Involvierten, dass dieser Bericht zu Stande kam. Die PUK-Kommission hatte mit einigen bekannten personellen Veränderungen zu kämpfen. Trotzdem konnten sie aber die Energie und Hartnäckigkeit aufbringen, um der Stadt Kriens ein paar sinnvolle und gute Massnahmen zur Verbesserung aufzeigen. Er ist nicht einverstanden mit der Bezeichnung von Patrick Koch, dass der Einwohnerrat ein Provinzparlament ist. Erst recht nicht, wenn er sieht wie viele Kilogramm Papier den Mitgliedern in den letzten neun Monaten per Post zugestellt wurde. Von den unzähligen Dateien in Giga-Byte Form per Email und Extranet spricht man gar nicht. Das dürfen die Einwohnerräte alles in der Freizeit durchlesen und aufarbeiten. Als er an der letzten KFG-Sitzung von Erich Tschümperlin vernahm, dass nur die Sitzungszeit bei der PUK-Arbeit verrechnet werden darf und die vielen unzähligen Stunden der PUK-Mitglieder bei ihren Vorarbeiten, Analysen und Nachbearbeitungen nicht bezahlt sind gibt er ihm doch teilweise recht. Was wirklich Provinzenhaft ist, ist dessen Bezahlung. Mit dem fast halbherzigen Papierbericht des Stadtrates ist es aus seiner Sicht nicht gemacht. Der Einwohnerrat und vor allem die KFG möchte mehr Verbindlichkeit sehen. Und zwar eine sinnvolle und nachhaltige Umsetzung der zu verbessernden Punkte. Diese Massnahmen müssen gelebt werden. So, dass man inskünftig wieder der Verwaltung und dem neuen Stadtrat vertrauen können. Und zwar Vertrauen, dass man inskünftig mit dem Steuergeld gemäss den gesetzlichen Vorgaben korrekt umgehen wird. Er dankt seinen Kolleginnen und Kollegen aus der KFG, dass sie hier bei diesem Thema dranbleiben und den Stadtrat in seinen Bemühungen unterstützen. So wie er diese Kommission kennengelernt hat wird es nicht langweilig. Er schätzt die intensiven und guten Diskussionen sehr. Noch etwas fokussierter und effizienter zusammen arbeiten würde jedoch nicht schaden. Zusammenarbeit, Vorleben, Gemeinsames überzeugtes Auftreten. Freude an der Arbeit. Dies habe er alles vom Stadtrat gespürt. Nun kommt der intensive Teil der Arbeit. Die Konstanz des Engagements. Er ist überzeugt, dass der Stadtrat als Team seit anfangs September 2020 erfolgreich unterwegs ist. Sie versuchen auch über die eigenen Departemente hinauszublicken, um Synergien nutzen zu können. So kommt es gut. Auch wenn man sich hier im Ratssaal nicht immer einig ist und der Stadtrat Gegenwind hat, hofft er das dieser weiterhin zielstrebig bleibt. Zudem soll der Stadtrat die Verwaltungsangestellten mit auf diesen Weg nehmen. Auch sie sollen lernen über die Grenzen der Departemente hinweg zusammenzuarbeiten. Wenn die kleinen Projekte angepackt werden wie wenn es Grossprojekte wären, dann kann die Stadt Kriens mit einer grossen Wahrscheinlichkeit auch die grossen Projekte erfolgreich meistern. Mit mehr oder einfach neuen Ressourcen ist es nicht gemacht. Ein Blick über den Tellerrand hinaus tut gut. In der Wirtschaft steht die Arbeitswelt Kopf. Sie verändert sich laufend. Und wegen den letzten Pandemie-Monaten noch etwas schneller. Er ist überzeugt, dass man zuerst mit internen Ressourcen-Verschiebungen einander aus helfen und damit weiterhelfen kann. Ein heutiger Aufbau von Ressourcen für ein mögliches kommendes Grossprojekt macht aus seiner Sicht keinen Sinn. Man darf sich auch zeitlich begrenzt mit externen Profis für ein grosses oder wichtiges Projekt Hilfe holen. So kann man sich auf die Verantwortung als Projektleiter konzentrieren, anstelle im Tagesgeschäft zu versinken. Christine Kaufmann-Wolf hat vorhin erwähnt, dass der Stadtrat lernen möchtet. Er findet das sehr gut. Er erlaubt sich, ihr seinen

Bauhelm zu übergeben. Er soll den Stadtrat symbolisch bei schwierigen und auch wichtigen finanziellen Entscheidungen unterstützen. Er hat die Erwartung, dass der Stadtrat für die Stadt Kriens erfolgreich und nachhaltig als Team den gemeinsamen Weg geht. Er versucht sie dabei zu unterstützen.

Erich Tschümperlin möchte Jörg Ziemssen danken, dass er der Mut hatte, die wohlformulierten Sätze aus dem Bericht in ein bisschen mehr Klartext zu übersetzten. Er möchte drei Aussagen, welche er heute gehört hat, ins richtige Licht stellen. Man hat gehört, dass den Mehrkosten immer einen Mehrwert gegenübersteht. Erich Tschümperlin ist nicht derselben Meinung. Wenn man verfehlte Planungen hat oder zu schnell vorwärtsgesht, können Regiekosten oder Planungskosten entstehen, welche keinen Mehrwert bringen. Auch hat man gehört, dass es keine persönliche Bereicherung stattgefunden hat. Auch er hofft dies sehr, jedoch hat der Bericht dies nicht untersucht und macht auch keine Aussage dazu. Betreffend den plus/minus 10 % Baukosten. Jeder der baut weiss, dass es meistens teurer wird. Man ist mit einer Vorlage vor das Stimmvolk. Wenn man dem Stimmvolk sagt, dass es 61 Millionen Franken kostet, dann kann man danach nicht sagen, dass es zum Beispiel 68 Millionen Franken kosten. Die Limite müsste dann höher sein und sonst müsste man mehr Reserven einplanen.

Martin Zellweger stellt fest, dass es eine Stellungnahme vom alten und neuen Stadtrat hat. Am einigen Stellen wirkt es wie eine Rechtfertigung. Die Personalplanung und die Planung von Ressourcen gehört in einen Antrag. Es kann nicht sein, dass dies im Budget nachgereicht werden muss. Wenn es darum geht einen Entscheid zu fällen, dann sollte dies auch Transparenz aufgezeigt und in die Diskussion eingebaut werden. Weiter gab es Aussagen, welche ihn sehr gestört haben und die klare PUK-Darstellung nicht fördert. Keine persönliche Bereicherung hat überhaupt nichts mit dem Bericht zu tun. Solche Aussagen lenken vom Willen etwas umzusetzen ab.

Tomas Kobi stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 4

Erich Tschümperlin stellt fest, dass der letzte Absatz folgendermassen lautet: «Dank einer Kostenunterschreitung beim Teilprojekt Feuerwehr/Werkhof Eichenspes von ca. Fr. 2'000'000.00 betrug die Zusatzausgabe Fr. 3'550'000.00, die der Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 26. April 2018 genehmigte». Details dazu sieht man im B+A Nr. 111/2018 auf der Seite 7. Das heisst im Klartext, dass für das Zentrum zusätzlich 2 Millionen Franken Reserven aufgelöst wurden, dass es 2 Millionen Franken mehr kostet. Dass Reserven innerhalb des Projekts kompensiert werden, ist in Ordnung. Aber für die Betrachtung der Kostenüberschreitungen beim Zentrum sind diese 2 Millionen Franken relevant. Sie sind gespannt, ob dies in der Abrechnung des Zentrums auch ausgewiesen wird, oder ob sich diese Reserve einfach in Luft auflöst.

Seite 5

Erich Tschümperlin merkt an, dass der 2. Zusatzkredit fürs Zentrum (B+A Nr. 216/2019) vom Einwohnerrat am 27. Juni 2019 einstimmig abgelehnt wurde. Wie der Stadtrat im B+A Nr. 216/19 auf der Seite 4 selbst schreibt, wurden aber über 1.1 Millionen Franken bereits ausgegeben. Die Ablehnung hat also nichts genützt. Die nicht ausgelösten Arbeiten über Fr. 220'000.00 «Mobileversorgung (Telefonie und Funknetz Blaulichtorganisationen) im Stadthaus und um die fehlende Kühlung des Serverraumes im Keller sowie Anpassungsarbeiten zur Sicherstellung der Behindertengerechtigkeit» wurden danach mit dem folgenden Budget ausgelöst. Diese zwingenden Positionen gehören zum Projekt und wurden in der Zwischenzeit realisiert. Auch die 1.3 Millionen Franken im Ernst & Young Bericht auf der

Seite 22 gehören zu den Kostenüberschreitungen Zentrum Pilatus und sollten korrekterweise in der Abrechnung des Zentrums ausgewiesen werden.

Seite 6

Gemäss Erich Tschümperlin hat der Einwohnerrat am 27. Juni 2019 auch den Zusatzkredit für das Kleinfeld abgelehnt. Auch im B+A Nr. 217/19 kann man jedoch auf der Seite 5 lesen: «Zusätzliche Arbeiten, die in der Kostenkontrolle neu enthalten und bereits realisiert sind». In dieser Tabelle steht der Betrag von Fr. 400'000.00. Im Bericht Ernst & Young auf der Seite 23 findet man den genauen Betrag von Fr. 382'000.00. Auch diese Ablehnung des Einwohnerrats hat nichts genützt, das Geld wurde bereits vorher ausgegeben. Und dieser Betrag gehört natürlich auch in die Bauabrechnung Kleinfeld.

Seite 18

Michael Portmann merkt an, dass ihn als Lehrperson besonders interessiert, wie der Lernprozess der gesamten Organisation inklusiv Einwohnerrat und Kommission ist. In den Kommissionen hat man sich intensiv mit Fragen beschäftigt wie mit, wer die Revision macht. Mit dieser Frage haben sie sich weiterentwickelt. Sie haben gelernt wie die Prozesse funktionieren müssten und wie sie bisher funktioniert haben. Daraus hat sich klar und deutlich gezeigt, dass die KFG ganz am Anfang gar nicht in der Lage gewesen wäre, auf ein Controlling entsprechend einzugehen. Aus diesem Grund muss man sich im Einwohnerrat bewusst sein, dass man ebenfalls Verantwortung für die ganzen Prozesse trägt. Es ist nicht nur der Stadtrat und die Verwaltung alleine. Man muss sich weiterentwickeln und auch in den Kommissionen bereit sein über den Schatten hinauszuschauen.

Antrag zum Beschlussetext KFG

Martin Zellweger beantragt im Namen der KFG die Ziffer 2.5 im Beschlussetext zu Gunsten folgender Neuformulierung zu streichen:

«Der KFG ist bis Mai 2022 vom Stadtrat ein Bericht zu unterbreiten in welchem aufgezeigt wird, welche Mängel aus dem PUK-Bericht identifiziert wurden und welche Massnahmen er zu deren Behebung angeordnet bzw. umgesetzt hat.»

Martin Zellweger erwähnt, dass selbstverständlich die Stellungnahmen zum Bericht der PUK sowohl von den bisherigen Stadträten wie auch vom neuen Stadtrat ein wichtiger Bestandteil des Gesamtbildes sind. Generell wirken für seinen Geschmack die Stellungnahmen zum Bericht eher wie Verteidigung oder Rechtfertigungen. Dies steht einer Aufarbeitung für die Zukunft eher im Weg als dass es zur Klärung der Situation beiträgt. Die Stadtpräsidentin, Christine Kaufmann-Wolf, hat dies zwar in ihrem Votum präzisiert. Trotzdem zwei Feststellungen welche auch anderweitig angesprochen wurden, er aber hier unter einem weiteren Aspekt erwähnen möchte. Es ist ganz wichtig, dass der Stadtrat bei jeder Projektierung die Ressourcen und Finanzen beantragen muss, welche es für ein Projekt benötigt. Dies kann bedeuten, dass für ein Projekt über einen begrenzten Zeitraum zusätzliche Kapazitäten – intern oder extern – gefordert sind. Natürlich muss dies bei der Beantragung des Projekts transparent dargestellt werden. Es könnte nämlich auch sein, dass man aufgrund dieser Kosten dann «Nein» zu einem Projekt sagt. Es darf nicht einfach später in einem Budget nachgereicht werden, dies wäre eine klare Fehlplanung. Vehement verteidigen der alte und der neue Stadtrat das Thema «Einheit der Materie». Seine persönliche Meinung liegt zwar beim PUK-Bericht, aber eigentlich ist es im Nachhinein nicht mehr ganz so relevant wer was meint. Ganz sicher sollte man aus dieser Kontroverse aber die folgende Lehre für die Zukunft ziehen. Das Thema «Einheit der Materie» scheint aufgrund der diversen Interpretationen also Spielraum zu bieten. Umso wichtiger ist es entsprechend bei jedem Antrag, welcher hier nicht eindeutige Antworten geben kann, die Begründung und Entscheidungsfindung transparent darzustellen. Speziell in dieser finanziell strapazierten Situation, wäre es nicht angebracht auf die stadträtlichen Ausgabekompetenzen zu pochen so wie das im behandelten Fall vorgelebt wurde. Vielmehr soll hier der Dialog dazu führen, dass ein abgestimmter und politisch getragener Entscheid herbeigeführt wird. Im Zweifelsfall also nicht die Abkürzung nehmen und auf dem vermeintlichen

Recht beharren, sondern den Dialog und die Lösung im Einvernehmen suchen. Dieses Vorgehen kann verhindern, dass nachträgliche Rechtfertigungen unschöne Situationen bereinigen müssen. Weiter haben ihn auch dieselben Themen wie sein Vorredner Erich Tschümperlin in einzelnen Stellungnahmen gestört. Es ist völlig irrelevant in Zusammenhang mit dem PUK-Bericht einen Lobgesang auf die Zentrumsbauten anzustimmen. Dies ist nicht relevant, es geht hier um Prozesse und Gesetze, welche nicht eingehalten werden, welche korrigiert werden müssen und die werden auch nicht gut, weil das Zentrum schön aussieht. Auch ist die wiederholte Nennung eines Mehrwerts nicht angebracht. Zum einen wird hoffentlich ein Mehrwert resultieren, wenn mehr Geld ausgegeben wird. Zum anderen ist es nur relevant, ob dieser Mehrwert auch auf gesetzlicher Grundlage erwirtschaftet wurde. Auch hat die Feststellung, dass keine «persönliche Bereicherung» erfolgt, ist hier überhaupt keine Relevanz. Man sagt auch nicht, «es wurde niemand verletzt oder getötet». Dass ist nicht Thema der Untersuchung. Solche Aussagen verwässern eher die Erkenntnisse, welche jetzt ganz einfach in Aktionen umgewandelt werden müssen, so, dass man die vorhandenen Fehler und Mankos korrigieren kann.

Da nicht opponiert wird, gilt der Antrag als überwiesen.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Der Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission zu den Kostenüberschreitungen der Zentrumsbauten und des Sportzentrum Kleinfeld sowie der Untersuchungsbericht von Ernst & Young werden zur Kenntnis genommen.*
2. *Folgende Empfehlungen zuhanden der zuständigen Organe werden ausgesprochen:*
 - 2.1 *Es ist sofort ein IKS und Risikomanagement gemäss FHGG einzuführen.*
 - 2.2 *Es ist ein Projektmanagement zu implementieren.*
 - 2.3 *Es sind Massnahmen zu ergreifen, damit die übergeordneten und eigenen gesetzlichen Vorgaben einwandfrei eingehalten werden können.*
 - 2.4 *Die KFG soll eine Motion über die Ausarbeitung eines Finanzhaushaltreglements einreichen.*
 - 2.5 *Die KFG ist bis Mai 2022 vom Stadtrat ein Bericht zu unterbreiten in welchem aufgezeigt wird, welche Mängel aus dem PUK-Bericht identifiziert wurden und welche Massnahmen er zu deren Behebung angeordnet bzw. umgesetzt hat.*
3. *Die Untersuchung zu den Kostenüberschreitungen der Zentrumsbauten und des Sportzentrum Kleinfeld wird eingestellt und somit abgeschlossen.*
4. *Die Parlamentarische Untersuchungskommission wird aufgelöst und die Mitglieder unter bester Verdankung der geleisteten Dienste aus diesem Amt entlassen.*
5. *Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 039/21:

Der Beschlussestext wird mit 28:0 Stimmen genehmigt.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Binggeli Michèle	Ja
Burkhardt-Künzler Anita	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gomer-Beacco Bettina	Ja
Gut Kathrin	Ja

Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfeler Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Wendelspiess Ursula	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

6. Planungsbericht: Gesamtrevision des Siedlungsentwässerungsreglements der Stadt Kriens (Antrag auf Verabschiedung in einer Lesung) Nr. 041/21

Tomas Kobi begrüsst als Sachverständigen Daniel Burkart und Benno Hüsler.

Gemäss Armin Lisibach durften die KBVU-Mitglieder von den Verantwortlichen ausgiebig Informationen und Erläuterungen entgegennehmen. Die Sitzung erwies sich als aufschlussreich und wichtig, denn aufgrund der Dichte von rechtlichen und rechnerischen Inhalten im Reglement, war dies auch für die KBVU nicht wirklich verständlich, was nun alles angepasst worden ist und was nicht. Benno Hüsler präsentierte, welche Erneuerungen, Veränderungen und Weiterentwicklung das Siedlungsentwässerungsreglement aufweist. Er zeigt anhand von realen Beispielen die Anwendung des Verursacherprinzips. Im Wesentlichen ändert sich eher die Anschlussgebühren als die Abwassergebühren. Die Präsentation wurde dem Rat online zur Verfügung gestellt. Mit dem neuen Fokus des zentralen und konzentrierten Bauens ist dies eminent wichtig, dass Kriens ein zeitgerechtes Instrumentarium hat, dies auch gerecht allen anderen gegenüber behandelt. Einzig in der Vollzugsverordnung Seite 7 Art. 9 Abs. 2 gab es eine angeregtere Diskussion. Dieser Punkt, dass auch Brunnen, egal ob von Privaten oder der öffentlichen Hand, mit öffentlichem Zugang grundsätzlich dem Reglement unterstellt sind und somit mit den Art. 9 Abs. 2 «Einleitung von Reinwasser» ein Stolperstein für die Stadt Kriens werden kann. Aktuell wird dies nicht strikte gehandhabt, aber wenn es muss, dann ergibt sich da eine unnötige Ausgabequelle. Die Vollzugsverordnung obliegt gemäss Rückmeldung der Kompetenz des Stadtrates. Die Kommission KBVU hat diesbezüglich einen Bemerkungsantrag aufgesetzt, welche einstimmig bei entsprechendem Punkt dann dem Stadtrat übergeben wird. Die Erläuterung zum Warum, hat er nun entsprechend mitgeteilt. Die KBVU hat sich unter Auflage des Bemerkungsantrages einstimmig zur Annahme des B+A's in erster Lesung geäußert.

Manuel Hunziker dankt im Namen der Grüne/glp-Fraktion dem Stadtrat für den vorliegenden Bericht, welcher kurz aber ausreichend zusammenfasst, was sich im Siedlungsentwässerungsreglement ändern soll. Sie bedanken sich auch bei den Sachverständigen für die hilfreichen Ausführungen im Rahmen der KBVU-Sitzung. Die aufgezeigten Änderungen werden von ihnen begrüßt. Durch die Aufnahme der Baustellenentwässerung in das Siedlungsentwässerungsreglement sind neu alle relevanten Bereiche in einem einheitlichen Reglement zusammengefasst. Dies wird die Umsetzung des Regle-

ments sicherlich erleichtern. Für die Fraktion ist jedoch viel wichtiger, dass mit der vorliegenden Gesamtrevision eine längst überfällige Anpassung an die aktuelle und künftige Bautätigkeit gemacht wird. Es ist aus ihrer Sicht entsprechend sachlogisch und richtig, das Tarifsysteem daran anzupassen. So kann das Verursacherprinzip neu auch für grosse Gebäude angewendet werden. Das Durchsetzen des Verursacherprinzips resp. dessen konsequente Anwendung ist nicht nur für Kriens, sondern ganz grundsätzlich wichtig. Wer Kosten verursacht, soll und muss diese auch tragen. Es darf nicht sein, dass solche Kosten von Anderen resp. der Allgemeinheit getragen werden müssen. Folglich ist auch die Anpassung der Anschlussgebühr nur richtig. So kann vermieden werden, dass die Stadt von Dritten verursachte Kosten übernehmen muss, welche im Hinblick auf die geplanten Hochhäuser durchaus beträchtlich sein würden. Folglich werden sie der Festsetzung des vorliegenden revidierten Siedlungs-entwässerungsreglements zustimmen.

Räto Camenisch möchte kurz der Standpunkt der SVP-Fraktion erläutern. Die Fraktion hat natürlich auch gemerkt, dass Kriens nicht mehr wie früher ist. Die Reglemente im Detail passen teilweise gar nicht mehr. Es ist zwar noch nicht sehr alt, aber es wurde von den Bauentwicklungen überholt. Auch das kantonale Musterreglement wurde das letzte Mal im Jahr 2018 revidiert. Neu ist besonders die Entwässerung der Baustellen geregelt. Auch musste man über die Anschlussgebühren sprechen, welche heute anders sind. Wichtig ist, dass die Gebühren angepasst wurden, damit diese mehr Verursachergerecht sind. Man musste feststellen, dass sich Kriens nicht mit den Tarifen finanzieren kann. Es muss die Kosten decken, jedoch nicht mehr. Aus diesem Grund sind die Tarifierhöhungen nicht riesig. Es ist noch aufgefallen, dass ein Brunnen pro Liter pro Minute Fr. 250.00 Abgaben bezahlen muss. Das heisst, es ist sehr teuer einen solchen Brunnen zu betreiben. Seiner Meinung nach ist es nicht richtig, dass Personen mit einem Brunnen bestraft werden. Man sollte den Brunnen mehr Beachtung schenken und sie auch fördern. Die SVP-Fraktion ist für eintreten und dem B+A zustimmen.

Laut Armin Lisibach tritt die Fraktion auf den B+A ein und begrüsst die Anpassungen, vor allem in Betracht der konzentrierten Bauformen und dem Fokus auf die Baustellenentwässerungen. Die Fraktion bevorzugt es den B+A in der ersten Lesung akzeptieren, weist aber gerne auch auf den kommenden Bemerkungsantrag der KBVU. Der ökologische Lenkungseffekt und die Verursachergerechte Handhabung wird mit dem neuen Siedlungsentwässerungsreglement nachhaltig unterstützt.

Viktor Bienz stellt fest, dass vieles bereits gesagt wurde. Auch die CVP/JCVP-Fraktion hat sich durch den B+A, das Siedlungsentwässerungsreglement und die Vollzugsverordnung gelesen und sich ausdiskutiert. Er kann sich noch gut erinnern an die Diskussionen um das Siedlungsentwässerungsreglement im Einwohnerrat vor fast 10 Jahren. Schon damals war der Wunsch da, nach Verursachergerechten Lösungen. Man hat erkannt, dass man auf die innere Verdichtung reagieren muss, wenn man den Vollzug verursachergerecht abhandeln will. Man braucht auch klare Regelungen für die Baustellenentwässerung unter Einbezug des neuen kantonalen Musterreglements. Die Weiterentwicklung des Regelwerks nach dem Verursacherprinzip und mit Lenkungseffekt erachten sie als sinnvoll und nachhaltig. Es ist allen bekannt, dass mehrere Hochhäuserprojekte geplant sind. Daher will ja auch der Stadtrat das Geschäft in einer Lesung durchbringen, um die Gebühren Verursachergerecht erheben zu können. Dabei darf aber keine Hauruck Übung entstehen. Es sind alle angehalten und er freut sich auf eine sachliche Diskussion in der Detailberatung. Die CVP/JCVP-Fraktion ist klar für Eintreten auf den B+A und wird dem Beschlusstext sowie dem Bemerkungsantrag der KBVU zustimmen. Sie sind auch für die Abhandlung des B+A in einer Lesung.

Michael Portmann stellt fest, dass man gestern in den Medien lesen konnte, dass der Bebauungsplan für die Pilatusarena bereits schon vom Kanton bewilligt wurde. Da geht es also in grossen Schritten vorwärts und vermutlich wird schon bald das Baugesuch bei der Stadt Kriens eintreffen. Und nun stellt sich mit dem Baugesuch auch die Frage, wie hoch die einmalige Anschlussgebühr und die alljährliche

Betriebsgebühr fürs Schmutzwasser des Hochhauses tatsächlich sind. Gemäss Kanton Luzern müssen die Gebühren für die Siedlungsentwässerung die Kosten fürs Erstellen und Betreiben der dazu notwendigen Infrastruktur mindestens zu 100 % decken. Und da entsteht das erste Problem mit dem alten Siedlungsentwässerungsreglement. Die Stadt Kriens bleibt mit dem alten Reglement auf den Kosten für Infrastruktur und Betrieb für die obersten 20 Stockwerke des Hochhauses sitzen. Klar, dass man das möglichst schnell korrigieren muss. Eigentlich wäre er nun schon fertig, er möchte hier aber doch noch etwas zum Hochhaus sagen. Er wohnt schliesslich so nahe, dass es bei ihm im Garten liegen würde, wenn es umfällt. Wenn man also noch genauer hinschaut, stellt man fest, dass auch die Entwässerung von Baustellen neu geregelt wurde. Ziel ist es, die Gewässerverschmutzung auf den Baustellen zu vermeiden. Das Beispiel vom Lindenpark finden sie aber nicht wirklich passend, weil es noch viel krassere Beispiele von Gewässerverschmutzung auf Baustellen in Kriens aus der nächsten Vergangenheit gäbe. So wurde beim Bau der Mobimo-Überbauung offenbar regelmässig verschmutztes Wasser produziert und ungereinigt in Gewässer und Kanalisation geleitet. Sie wissen, dass der Baugrund am Mattenhof wegen den komplizierten Grundwasserverhältnissen fürs Hochhaus noch einige Herausforderungen bietet, besonders wenn die Gewässerverschmutzung beim Bauen verhindert werden soll. Die Fraktion erwartet deshalb, dass die Stadt Kriens auch beim Bau des Hochhauses eine saubere Entwässerung der Baustelle mit entsprechenden Auflagen in der Baubewilligung sowie einer konsequenten Baukontrolle in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt, Wasser und Energie, UWE des Kantons Luzern sichert. Wenn man dann nochmals genauer hinschauen, so liest man, dass das vorliegende Reglement neu dem Musterreglement Siedlungsentwässerung Version 2018 des Kantons Luzern entspricht. Das bedeutet, dass das vorliegende Reglement einer juristisch verbesserten Version entspricht und so etwas «bissiger» daherkommt als das alte Reglement. So wäre eine weitere spannende Frage, wie die Pilatusarena die Vorschrift für die Versickerung von Regenwasser auf dem eigenen Grundstück aus dem nationalen Gewässerschutzgesetz erfüllt. Warum? Bis 2011 wurde Regenwasser wie das Schmutzwasser aus den Haushalten in die Kanalisation und die Kläranlagen geleitet. Bei heftigem Regen waren die Regenwassermengen oft so hoch, dass die Kanalisation überlief und Schmutzwasser ungeklärt in die Gewässer gelangte. Seit 2011 soll nun das Regenwasser auf dem eigenen Grundstück versickern, um so die Kanalisation und die Kläranlagen zu entlasten und die Gewässerverschmutzung zu reduzieren. Wie elegant, preisgünstig und einfach die Versickerung gelöst werden kann, zeigen die Überbauungen Lindenpark und Schweighofpark. Das Regenwasser fliesst in ein Versickerungsbecken, verdunstet dort und kühlt die Umgebung der Gebäude. Ganz angenehm im Sommer, wenn eine Tropennacht die andere jagt. Ein schlechtes Beispiel dagegen ist der komplett versiegelte Stadthausplatz. Dort muss das Regenwasser sehr teuer und aufwändig mit Rückhalte- und Säuberungsmassnahmen gereinigt werden, bevor es dann vermutlich in den Krienbach fliessen kann. Man fragt sich also, wie das Versickern des Regenwassers bei der Pilatusarena gelöst wird. Wird es ebenfalls Versickerungsbecken geben oder wird wie beim Stadthausplatz gearbeitet? Selbst mit diesen praktischen Fragen mit Bezug zum Hochhaus am Mattenhof ist ihr Eintreten aber unbestritten und sie werden das Reglement auch in nur einer Lesung genehmigen.

Maurus Frey dankt für das positive Eintreten für diese wichtige Vorlage. Es handelt sich um ein gutes Teamwork. Der Bedarf wurde erkannt. Ein entsprechender Vorschlag wurde vom Stadtingenieur mit Unterstützung von externer Fachkräften unterbreitet worden. Zum Antrag der KBVU möchte er erwähnen, dass es sich um den Artikel 9 in der Vollzugsverordnung handelt. Die Vollzugsverordnung liegt in der Hoheit des Stadtrates. Dieser wird dem Bemerkungsantrag nicht opponieren. Er wird dem Stadtrat eine begrenzte Verordnung vorlegen, welche in einem weiteren Absatz die Ausnahme der öffentlichen Brunnen präzisiert. Dabei handelt es sich um eine Gebührenbefreiung von öffentlich zugänglichen Brunnen. Betreffend der Frage zur Versickerung fragt er, ob man Benno Hüsler das Wort geben kann.

Benno Hüsler erläutert, dass die Versickerung grundsätzlich im eidgenössischen Gewässerschutzkonzept geregelt ist. Heute darf kein Regenwasser mehr eingeleitet werden und muss versickern. Wenn es auf einem Grundstück nicht möglich ist, darf es verzögert in eine Sauberwasserleitung eingeleitet

werden. Das heisst es muss zuerst durch eine Erdschicht zurückbehalten werden bis es in eine Reinwasserleitung gelangt. Das Sauberwasser darf nicht mehr in die Ara gehen und es muss, wenn möglich versickern.

Michael Portmann möchte wissen, wie es bei der Pilatusarena konkret gelöst wird.

Benno Hüsler merkt an, dass ihm das Projekt der Pilatusarena nicht bekannt ist. Selbstverständlich müssen die gesetzlichen Bedingungen auch dort eingehalten werden. Jedoch kann er keine konkrete Antwort geben.

Tomas Kobi stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Bemerkungsantrag KBVU: Förderung von öffentlichen Brunnen im VO

Armin Lisibach möchte im Namen der KBVU folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

«Der Stadtrat wird angehalten, Brunnen, welche öffentlich zugänglich sind zu fördern und das Vollzugsverordnungsreglement des Siedlungsentwässerungsreglements entsprechend anzupassen.»

Da nicht opponiert wird, gilt der Bemerkungsantrag als überwiesen.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Das Siedlungsentwässerungsreglement der Stadt Kriens wird festgesetzt.*
2. *Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*
3. *Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.*

Folgende Bemerkung wird überwiesen:

Der Stadtrat wird angehalten, Brunnen, welche öffentlich zugänglich sind zu fördern und das Vollzugsverordnungsreglement des Siedlungsentwässerungsreglements entsprechend anzupassen.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 041/21:

Der Beschlussestext wird mit 28:0 Stimmen genehmigt.

<u>Albrecht Michèle</u>	<u>Ja</u>
<u>Bienz Viktor</u>	<u>Ja</u>
<u>Binggeli Michèle</u>	<u>Ja</u>
<u>Burkhardt-Künzler Anita</u>	<u>Ja</u>
<u>Camenisch Rätö</u>	<u>Ja</u>
<u>Ercolani Enrico</u>	<u>Ja</u>
<u>Fluder Hans</u>	<u>Ja</u>
<u>Gomer-Beacco Bettina</u>	<u>Ja</u>
<u>Gut Kathrin</u>	<u>Ja</u>

Hunziker Manuel	Ja
Koch Patrick	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Nyfeler Nicole	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Solari Simon	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vollmar Jing	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Wendelspiess Ursula	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

7. Fragestunde

Cyrill Zosso stellt fest, dass das Schulhaus Bleiche geschlossen wird. Nun stellt sich die Frage wie viel von den Schülern neu die Kantonsstrasse überqueren müssen.

Marco Frauenknecht weiss, dass es eine Primarschulklasse und eine Kindergartenklasse gibt. Durchschnittlich sind das 40 Kinder in diesem Schulhaus. Er kann jedoch nicht sagen, wie viele Kinder die Strasse überqueren müssen, wird dies aber gerne nachliefern.

Anmerkung der Protokollführung:

Kriens nimmt schon seit ein paar Jahren Kinder aus dem Gebiet Bleiche ins Zentrum. Oftmals wird ein Schulweg subjektiv als gefährlich empfunden. Für die Beurteilung der Gefährlichkeit sind jedoch objektive Kriterien wie Verkehrs- oder Naturgefahren massgebend. Strassen ohne Trottoirs oder Radstreifen, (insbesondere) wenn es sich um enge Durchgangstrassen mit grösserem Verkehrsaufkommen, mit Schwerverkehr oder mit unübersichtlichen Kurven handelt; Übergänge über stark befahrene Strassen ohne Lichtsignale; längere Partien durch einsame Wälder. Das Meistern von kleineren Gefahren auf dem Schulweg (wie Bleiche – Zentrum) gehört zur Verkehrsbildung der Lernenden und kann bereits Kindergartenkindern zugemutet werden. Insgesamt sind es aktuell 24 Lernende aus KG und 1. PS. Dazu kommen noch ältere Kinder welche man schon in den letzten Jahren ins Zentrum genommen hat. In bestimmten Situationen werden Kinder auf dem Schulweg begleitet. Dazu wird ein Pedibus eingerichtet (1 erwachsene Person begleitet eine Kindergruppe). Ein Pedibus wird oft von den Sommer- bis zu den Herbst- oder Weihnachtsferien durchgeführt. In Ausnahmesituationen für ein ganzes Jahr. Ob ein Pedibus eingerichtet werden muss, wird in Zusammenarbeit Schule/Eltern/Verkehrspolizei beurteilt.

Michèle Albrecht wurde am Wochenende von einem auswertigen Besuch auf das Hotel Himmelrich angesprochen. Auf der Website können bereits Buchungen vorgenommen werden. Wie ist dort der Stand?

Maurus Frey kann nicht mehr über den Geschäftsgang sagen ausser, dass er von seinem Vorgänger eine Notiz erhalten hat. Darin hiess es, dass man in sämtlichen Geschäftsbeziehungen mit der aktuellen Besitzerschaft höchste Vorsicht walten lassen muss. Bis anhin sind die Zeichen nicht sehr gut gestanden und trotzdem wünscht er jedem Geschäftstreibenden, dass der Knopf aufgeht und auf die erfolgreiche Spur kommt.

Bettina Gomer-Beacco merkt an, dass die Tempolimit bei der Motelstrasse 50 ist und es ein sehr belebtes Quartier mit Kindern ist. Ist dort etwas angedacht?

Maurus Frey sagt, dass ihm die Situation bekannt ist. Es gibt verschiedene Pläne und Ansätze. Ursprünglich war dort eine 30 Zone geplant, welche aber vom Einwohnerrat verhindert wurde. Da man dort jetzt ein Siedlungsgebiet hat, ist es klar angedacht, dass diese Strasse umgestaltet wird. Die Motelstrasse ist auch im Massnahmenplan integriert und wird geprüft.

Cyrell Zosso hat nochmals eine Frage zum Schulhaus Bleiche. Inwiefern wird die Zumutbarkeit bei der Klasseneinteilung berücksichtigt?

Marco Frauenknecht erläutert, dass es für die Zumutbarkeit eine Vorgabe des Kantons gibt, in welcher aufgrund des Alters gesagt wird wie lange der Weg sein darf und soll. Nach Gesetz ist es jedoch Sache der Eltern. Am sichersten wäre eine Ampel oder wenn man die Kinder begleiten würde. In der Motion Wendelspiess wird dies nochmals genauer aufgezeigt.

Michael Portmann fährt oft über die Kreuzstrasse. Immer wieder gibt es gefährliche Situationen und Stau. Was ist geplant um die Situation zu entschärfen?

Maurus Frey stellt fest, dass die Ringstrasse eine Herausforderung ist. Im Regelwerk LuzernSüd sind verschiedene Massnahmen aufgeführt. Die Ringstrasse ist Gegenstand eines Kantonstrassenprojekts, welches jetzt in Planung ist.

Erich Tschümperlin merkt an, dass man in einer Mitteilung entnehmen konnte, dass die Buslinie vom Sonnenberg zum Bahnhof wieder um ein Jahr verschoben worden ist. Warum wurde dies erneut verschoben und ist der Termin 2022 realistisch?

Maurus Frey sagt, dass es am letzten Dienstag einen Informationsanlass für die Anwohner gab. Wer etwas erreichen möchte, muss ein ambitioniertes Ziel haben. Der Stadtrat ist überzeugt, dass es eine gewinnbringende Weiterentwicklung ist. Für die unmittelbaren Betroffenen wird es jedoch eine Veränderung bedeuten und deshalb möchte man eine verträgliche Lösung finden.

Kathrin Gut merkt an, dass der Kantonsrat Exkursionen und Schullager bewilligt hat. Wie sieht es in Kriens aus?

Marco Frauenknecht sagt, dass ihm nicht bekannt ist, dass Schullager durchgeführt werden. Er wird jedoch die Frage mitnehmen.

Anmerkung der Protokollführung:

Bis zu den Sommerferien machen die drei 3. Sekundarklassen Meiersmatt noch ein Klassenlager in der Region, zum Schulabschluss. Eine 6. Primarklasse geht ebenfalls noch in ein Lager. Für das Schuljahr 2020/21 wurden insgesamt 18 Klassenlager angemeldet. Wie viele von denen im Herbst noch ein Klassenlager durchführen, ist offen. Für die Durchführung eines Klassenlagers braucht es Planungssicherheit. Diese war wegen Corona und wegen dem budgetlosen Zustand nicht gegeben. Darum konnten keine Klassenlager geplant werden resp. Klassenlager wurde verschoben. Dies hat Auswirkungen auf das Schuljahr 2021/22. Für 2022 wurden 21 Klassenlager angemeldet.

Gemäss Raoul Niederberger wurde heute entschieden, dass öffentliche Brunnen gefördert werden müssen. Er kann sich daran erinnern, dass vor Jahren über ein Brunnenkonzept gesprochen wurde, in welchem auch der Brunnen beim Schulhaus Krauer Thema war. Ist dem Stadtrat ein solches Konzept bekannt?

Maurus Frey hat einen grossen Schrank erhalten, in welchem viele Konzepte sind. Bis jetzt ist er noch nicht über ein solches Konzept gestolpert.

Bettina Gomer-Beacco hat eine Frage zur Signalisation der Schulwege. Wie weit weg und wie nah müssen diese Signalisationen angebracht werden und wer ist dafür zuständig.

Maurus Frey sagt, dass die Signalisation bei Gemeindestrassen bei der Stadt Kriens liegt und bei Kantonsstrassen beim Kanton. Dies ist auch Gegenstand der Abklärungen der Motion Wendelspiess.

Erich Tschümperlin sagt, dass vor einiger Zeit das Urteil vom Bundesgericht bekannt wurde, in welchem Gebäude nach 30 Jahren ausserhalb der Bauzone nicht mehr geduldet werden. Weiss man bereits wie es weitergeht?

Maurus Frey erläutert, dass das Urteil leider immer noch nicht in begründeter Form aufliegt. Der Prozess bleibt jedoch der Gleiche und nur die Möglichkeiten werden eingeschränkt.

8. Verabschiedung Ursula Bieri-Wendelspiess**Nr. 024/21**

Tomas Kobi sagt, dass Ursula Bieri-Wendelspiess den Einwohnerrat aus privaten und beruflichen Gründen verlässt. Sie hat das Mandat von Davide Piras übernommen, welcher am 31. März 2018 zurückgetreten ist. Sie war seit ihrer Wahl Mitglied bei der KBSG und hat in ihrer Zeit als Einwohnerrätin verschiedene Vorstösse eingereicht. Unter anderem auch zwei Postulat und eine Motion. Im Namen der Krienser Bevölkerung und vom Einwohnerrat wie auch vom Stadtrat, dankt er Ursula Bieri-Wendelspiess für ihr politisches Engagement und wünscht ihr alles Gute, sowohl Privat wie auch Beruflich und Politisch. Er überreicht Ursula Bieri-Wendelspiess eine Dankeskarte.

Ursula Bieri-Wendelspiess dankt allen für die gute Zusammenarbeit. Für sie war es eine sehr spannende und lehrreiche Zeit. Sie freut sich auf ein wenig mehr Zeit für Leute, welche auch auf ihre Unterstützung angewiesen sind. Sie dankt auch ihrer Familie und Davide Piras für die Hilfsbereitschaft in ihrer Zeit als Einwohnerrätin.

Schluss

Tomas Kobi bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren. Er beendet die Sitzung mit folgendem Zitat:

«Wer sichere Schritte tun will, muss sie langsam tun.» Zitat von Johann Wolfgang von Goethe.

Langsam kehrt Normalität ein und man kann sich freuen, wenn nicht heute, dafür an der letzten Einwohnerratssitzung vom Juni wieder einmal gemeinsam nach aktivem Mitmachen und Diskutieren hier im Rat zusammen ein Bier, ein Glas Wein oder sonst was genommen werden kann. Er freut sich darauf.

Die nächste Sitzung findet am 24. Juni 2021 statt.

Die Sitzung schliesst um 18:30 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Tomas Kobi

Der Stadtschreiber:



Guido Solari

Der Stadtschreiber-Substitutin



Sarah Deschwanden

Die Protokollführerin:



Kimena Gisler